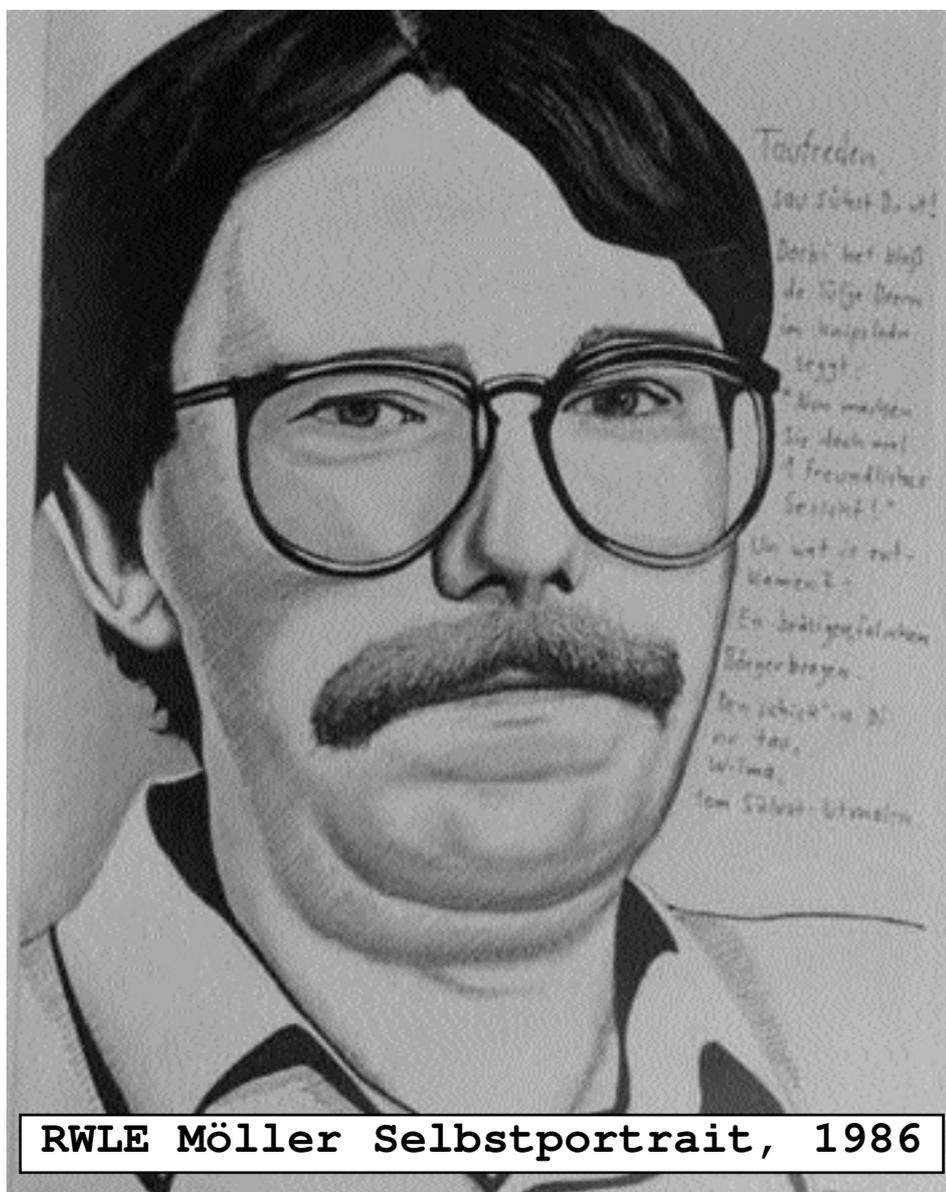


revista

linke zeitung für politik und kultur aus celle

ausgabe
nummer 16

november / dezember 2002



RWLE Möller Selbstportrait, 1986

Interview zur
CD-ROM über
RWLE Möllers
Bilder

Über die
Abschiebung
der Familie
Vdovenko

Mit Hartz
gegen die
Erwerbslosen

Das konserva-
tive Milieu
in Celle

Konkurrenz-
kampf um
irakisches Öl

Inhalt

Über die Abschiebung der Familie Vdovenko . . .	Seite 03
Veranstaltung in Bunten Haus Rassismus hat viele Gesichter	Seite 04
Lokales - Meldungen . . .	Seite 06
Mehr Druck und weniger Geld Mit Hartz gegen die Erwerbslosen	Seite 08
Arbeitsamt Celle im September 2002	Seite 10
Wahlanalyse - Die neue Mitte bleibt Rot-Grün gewinnt sogar in Celle	Seite 11
Konkurrenzkampf um irakisches Öl	Seite 12
Terror gegen kolumbianische Gewerkschaften Edgar Paez warb in Celle um Solidarität	Seite 14
Interview zur CD-ROM über RWLE Möllers Bilder . . .	Seite 15
Das konservative Milieu in Celle Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik	Seite 16
Literatur Es herbstelt im Gemüthe Zwei Vorkriegsbücher . . .	Seite 19
Ankündigungen	Seite 20
Termine	Seite 22

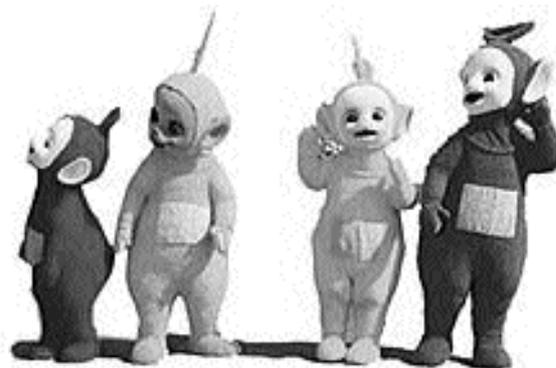
Hallo Leute,

nachdem wir ja in der letzten revista gebeten hatten, mal zu uns zu kommen, wenn Ihr Euch irgendwie an der Zeitung beteiligen wollt, war auch ein irrer Ansturm da.

Ne, stimmt gar nicht. Aber folgende Idee haben wir ausgebrütet: um überhaupt mal zu erahnen wo Ihr die Zeitung erhaltet oder zumindest lest, bitten wir Euch nochmal um Eure Beteiligung. Diesmal braucht Ihr Euch auch garnicht aus dem Haus zu bewegen, sondern Ihr schreibt uns einfach, wo ihr die Zeitung bekommt oder lest, was Ihr besonders gerne lest, was Euch nervt und überhaupt alles, was Euch zur revista einfällt. Gewinnen könnt Ihr auch was. Schaut doch mal auf die letzte Seite.

Ansonsten freuen wir uns nach wie vor über Zuschriften - für die nächste Ausgabe bitte bis Anfang Januar. Ach, aprpos Januar, es ist wieder so weit: Lustige Weihnachtstage und eine nette Silvesterparty wünscht Euch

Eure revista-Redaktion



Impressum
Revista, Nr.16 ■ Erscheinungsweise: alle 2 Monate, liegt kostenlos in diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück für 5,- Euro). ■ Postanschrift: Revista c/o Buntes Haus, Postfach 1329, 29203 Celle
■ eMail: Revista@gmx.de ■ V.i.S.d.P.: Ralf Hbner
■ Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001 K-Nr: 108 099 698, Stichwort 'Revista' ■ Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personennamen gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder!
■ <http://mitglied.lycos.de/Revista/>

Über die Abschiebung der Familie Vdovenko



Um die Abschiebung der Familie Vdovenko in die Ukraine hat es in den letzten Wochen in Celle erheblichen Wirbel und Streit gegeben. In vieler Hinsicht ist sie ein Lehrbeispiel für die grausamen

Mühen des deutschen Ausländerrechts und die Unerbittlichkeit eines herrischen Oberbürgermeisters.

Dem Lernen kommt eine ungewöhnliche Konstellation entgegen. Die vierköpfige Familie Vdovenko wurde völlig "überraschend" nachts um ein Uhr, 10. Oktober 2002, aus dem Schlaf gerissen und am selben Morgen in Frankfurt in den Flieger Richtung Kiew gesetzt. Soweit ist alles normal.

Jedoch: 1992 gelangten die Vdovenkos in die Herzogstadt Celle. Seit Jahren arbeiten Vadim und Larisa Vdovenko bei der kirchlichen Einrichtung Lobetalarbeit e.V.. Sie beziehen keinerlei Geld aus irgendwelchen Sozialkassen - im Gegenteil. Die beiden Kinder besuchen erfolgreich die Schule, sprechen gut deutsch und kaum ein Wort ukrainisch. Die Vdovenkos sind Mitglieder der Evangelisch Reformierten Gemeinde Celle. Zwei Großeltern leben in Celle und haben Bleiberecht. Die Vdovenkos haben bei der kanadischen Botschaft einen Antrag auf Einwanderung gestellt, der nach Angaben von Freunden gute Aussichten auf Erfolg hatte - in absehbarer Zeit. Eine Woche nach der Abschiebung sollte dazu ein "wichtiger Termin" stattfinden - nun ist er entfallen.

Aus dieser Gemengelage heraus engagierten sich viele Bürger und Bürgerinnen, darunter auffallend viele kirchliche Würdenträger und auffallend wenige kommunale Politiker, gegen die Abschiebung. Im September appellierten 1500 Celler, darunter viele SchülerInnen, per Unterschriftenaktion ans Gewissen - auch an das eines Oberbürgermeisters.

Am 25. September 02 urteilte das Oberverwaltungsgericht (OVG) entsprechend der deutschen Asylgesetze: der zweite Antrag (Berufung) auf Asyl wurde abgelehnt. Allerdings nannte das OVG keinen konkreten Termin für die Abschiebung, darauf verweist Rechtsanwalt Ulrich Lerche. Es hätte auch Anfang 2003 sein können.

Unser Oberbürgermeister Martin Biermann, auch Chef der Ausländerbehörde, meinte jedoch kategorisch, das Recht müsse am 10. Oktober 02 zuschlagen und keinen Tag später.

Schließlich wird es ihm um Größeres gehen: zeigt man hier Schwäche und sei es auch nur für ein paar Wochen, dann kämen womöglich noch ganz andere Hungerleider - mit vielleicht noch viel härteren Schicksalen - und wollten im reichen, christlichen Deutschland leben. Welch grausige Vorstellung. (Aloys)

Zitiert, zitiert....

"Es ist unmenschlich gewesen, wie mit dieser Familie umgegangen wurde, und das von einem Bürgermeister der

Stadt, der einer Partei angehört, die das Wort 'christlich' in ihrem Namen trägt. .. Beide Elternteile haben gearbeitet, Steuern gezahlt und als Asylbewerber noch nicht einmal einen Anspruch auf Kindergeld gehabt. .. Zum 1. Januar 2003 tritt das neue Zuwanderungsgesetz in Kraft. Dann hätte die Familie ein Anrecht auf die Härtefallregelung gehabt und hätte in Ruhe in Deutschland ihre Ausreise nach Kanada vorbereiten können."

(Georgia Langhans, Stadtratsfraktionsvorsitzende von Bündnis 90 / Die Grünen, CZ vom 12./13.10.02)

Nach Ankunft in Kiew ist die 4köpfigen Familie beim Vater von Larisa Vdovenko untergekommen - in einer kleinen Drei-Zimmer-Wohnung. Die 13 und 15 Jahre alten Kinder, die kein Wort Ukrainisch sprechen, suchen bisher vergeblich eine deutschsprachige Schule.

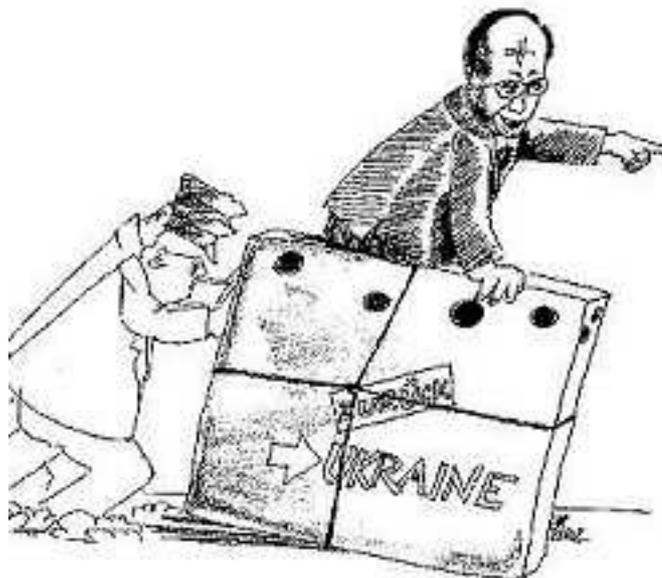
(CZ vom 14.10.02)

Die Vdovenkos wurden polizeilich verhört und haben große Probleme bei der Beschaffung von ukrainischen Pässen: sie gelten nämlich als "staatenlos", da die Vdovenkos 1992 Kiew in Richtung Celle verließen und die Ukraine 1996 eine neue Verfassung erhielt.

(CZ vom 15.10.02)

"Martin Biermann hat mit dem Daumen nach unten gezeigt... Raus aus Celle! Rein ins Flugzeug und ab in ein Land, das von mehreren zwischenstaatlichen Organisationen, darunter dem UN-Menschenrechtsausschuss, in der Vergangenheit wegen massiver Menschenrechtsverletzungen immer wieder heftig kritisiert wurde."

(Ulrich Sperber, Leserbrief in CZ vom 16.10.02)



Raus aus Celle!

"Die Abschiebung der Familie Vdovenko ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die sich um die Integration von Ausländern bemühen." Unverständnis äußerte er darüber, wie man "eine Familie, die ihren Lebensunterhalt völlig selbständig erwirtschaftet und deren Kinder kurz vor dem Schulabschluss stehen, nach zehnjährigem Aufenthalt abschieben kann.

(Dirk Hölterhoff, Superintendent des evangelisch-lutherischen Kirchenkreises Celle; CZ vom 18.10.02)

Er bezeichnete das Vorgehen der Stadt Celle, eine christlich und kulturell integrierte Familie abzuschicken, als "äußerst fragwürdig."

(Hermann Spicker, Dechant der katholischen Kirche; CZ vom 18.10.02)

Mit der Abschiebung der Familie habe er, Martin Biermann, nur den Beschluss des Niedersächsischen Obergerichtes (OVG) vom 25. September ausgeführt. "Ich hatte diesbezüglich keinen Spielraum."

(Martin Biermann, Oberbürgermeister; CZ vom 18.10.02)

"Ein Oberbürgermeister hat immer noch die Möglichkeit beim Innenministerium ein Gnadengesuch einzureichen." Es gäbe keine Fristen, in denen die Familie nach dem Beschluss des OVG das Land verlassen hätte müssen. "Ob schon am 25.

September oder einige Monate später spielt keine Rolle."

(Ulrich Lerche, Rechtsanwalt aus Hannover; CZ vom 18.10.02)

"Ich habe wegen der Abschiebung der Vdovenkos schon einmal meinen Amtseid gebrochen und es nicht bereut, aber es war mir nicht möglich, dies zu wiederholen." "Damals habe ich acht Stunden vor dem Abschiebetermin die Aktion abgeblasen, obwohl ich rechtlich dazu verpflichtet gewesen bin", so Martin Biermann. Er verwahre sich gegen "die Hetze" der Kirchen und konfrontierte Georgia Langhans mit den Abschiebungszahlen der vergangenen Jahre: "Waren Ihnen diese Menschen es nicht wert, sich für sie so einzusetzen wie jetzt für die Vdovenkos?"

(CZ vom 1.11.02)

"Biermann ist Jurist, aber es fehlt ihm an Menschlichkeit. .. Für die Celler Politiker ist es bezeichnend, dass sich nur Frau Langhans als Ratsmitglied gegen die Abschiebung zu Wort gemeldet hat. .. Vom Mauerbau um das Asylbewerberheim bis hin zur Abschiebung der Familie Vdovenkos ist zu erkennen, dass Ausländer ausgegrenzt werden sollen."

(Walter Löning, langjähriges CDU-Mitglied und ehemaliger Leiter der Spinnhütte; CZ vom 31.10.02)

Veranstaltung im Bunten Haus

Rassismus hat viele Gesichter.



Am 04.10.02, dem "Tag des Flüchtlings 2002", veranstaltete das Bunte Haus einen Vortrag zur sozialen Ausgrenzung von Flüchtlingen. Die in Hessen lebende Andrea Kothen ist Sprecherin bei PRO ASYL.

Der Vortrag gab einen Überblick über die staatlichen Methoden zur Verdrängung und Ausbeutung der Asylsuchenden. Der Abend gab Einblick in die rechtliche Situation der Flüchtlinge. Ferner beleuchtete die Referentin die Zusammenhänge zwischen staatlichem Rassismus und dem ihn ergänzenden Faschoterror auf der Straße.

Ebenfalls stellte sie Ansätze für solidarisches Handeln vor. (Fragt im Bunten Haus nach Materialien!)

Die erste Sauerei, die näher betrachtet wurde, ist die Residenzpflicht.

Die Residenzpflicht wurde im kaiserlichen Deutschland eingeführt, um russische Gastarbeiter eine starke Hand spüren zu lassen.

Heute zwingt sie die Asylsuchenden dazu, sich ausschließlich in den ihnen zugewiesenen Landkreisen aufzuhalten.

ten. Falls mensch doch einmal die Bezirksgrenze überschreitet, muss er sich vorher 'ne Erlaubnis beim Ausländeramt besorgen. Häufig entscheidet die Willkür irgendeines Beamtenmenschen über die Reisepläne der Flüchtlinge. Wird dennoch ohne Passierschein gereist, macht sich der Flüchtling strafbar.

Tankstellen, Bahnhöfe oder auch Fussgängerzonen in jeder beliebigen Stadt werden zu Orten, an denen der BGS (Bundesgrenzschutz) gezielt Ausländer kontrolliert. Das Bild des kriminellen Ausländers entsteht, weil ein Deutscher gegen so unsinnige Gesetze nicht verstoßen kann. Flüchtlingsfamilien werden zerstückelt, die freie Wahl der Wohnung wird nicht gewährt und die Ausländer spüren, dass sie Menschen zweiter Klasse sind, die dem Amt ständig zur Verfügung stehen müssen.

Die nächste Sauerei, die gegen die Migranten betrieben wird, ist das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Es ist ebenfalls ein Sondergesetz und soll das Sozialhilfegesetz ersetzen. Bereits bei seiner Entstehung 1993 lag der Satz der zu gewährenden Hilfe 25% unter dem der Sozialhilfe. Im

Gegensatz zur Sozialhilfe gab es beim AsylbLG noch nie eine Angleichung an die steigenden Unterhaltskosten. Die Folge ist eine zunehmende Verschärfung der Armut, die damit begründet wird, dass die Leute in ihren Herkunftsregionen in der Regel auch niedrigere Unterhaltskosten gehabt haben.

Eine weitere Bosheit ist, dass den Asylbewerbern nur ein Taschengeld in Höhe von 80 DM / 40 € gewährt wird. Der Rest wird als Gutschein oder auch als Sachleistungen in Form von Fress-Paketen gewährt. Was dieses in der Praxis für die Ausländer bedeutet, könnt Ihr in der letzten Ausgabe der revista lesen.

An dieser Stelle soll nur festgehalten werden, dass die eingeführten Gutschein-, Chipkarten- oder Sachleistungssysteme riesige und unsinnige Belastungen für die Kassen der Kommunen bedeutet.

Bei der Gesundheitsversorgung für Menschen ohne deutschen Pass kommt es auch zu haarsträubenden Zuständen. Ärzte dürfen nur minimale Hilfe leisten. Sie sind verunsichert und lehnen die Behandlung der Patienten ab. Wenn eine Behandlung notwendig wird, entscheidet nicht der Arzt, sondern das Amt, wer krank ist.

Die Suche nach Arbeit wird erschwert, da eine Arbeitserlaubnis erst nach drei Monaten gewährt wird. Das Arbeitsamt prüft dann, ob nicht ein Arbeitnehmer aus einem EU-Land für die Beschäftigungsstelle in Frage kommt. Praktisch kommen deshalb nur Reinigungsjobs oder Papp-Burger-Zaubern bei McDoof in Betracht. In der Schaustellerbranche, wo ebenfalls Arbeit zu finden ist, verhindert die Residenzpflicht eine längerfristige Anstellung. Findet mensch keinen Job, wird er vom Sozialamt zu EIN-EURO-Jobs herangezogen. Für einen Euro in der Stunde darf er dann Laub fegen, Unkraut zupfen oder Toiletten reinigen. Fernab von Siedlungen werden Sammellager für Flüchtlinge eingerichtet. In diesen Massenunterkünften herrscht Knast- oder Kasernenatmosphäre. Familien von bis zu 10 Personen leben in einem Zimmer. Isoliert und zusammengepfercht leben die Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen zusammen. In sogenannte Ausreisezentren (z.B. in Braunschweig, Bramsche und Oldenburg) werden Menschen zwangsverlegt, die im Verdacht stehen, ihre Identität zu verschleiern. In täglich stattfindenden Verhören, Interviews genannt, werden die Flüchtlinge nach ihrer Identität befragt. Persönliche Aufzeichnungen und Papiere werden beschlagnahmt. Der Sinn dieses Psychoterrors ist es, entweder die Flüchtlinge abschieben zu können oder sie in die Illegalität untertauchen zu lassen, damit die Statistiken bereinigt werden.

Mit zwei Fallbeispielen machte die Referentin die



Situation deutlich. Sie erzählte die Geschichte eines Iraki, der den täglich erlebten Faschoterror in dem ihm zugewiesenen Bezirk Stralsund nicht mehr dulden wollte und wiederholt die Verlegung in ein sicheres Gebiet beantragt hatte. Die Anträge wurden mit der Begründung abgelehnt, die Faschos würden nur allgemein fremdenfeindlich sein und ihm nicht direkt auf-lauern. Nachdem er dreimal überfallen und verprügelt wurde, flüchtete er sich nach Holland, wo er wieder Asyl beantragte. Die holländischen Beamten schauten im Computer nach und schickten ihn auf schnellstem Wege nach Stralsund zurück. In der Zwischenzeit wurde sein Asylantrag bewilligt. Doch weil er in einem anderen Land Asyl beantragt hatte, wird ihm keines gewährt.

Eine andere Geschichte erlebt ein Tamile, der seit acht Jahren an einer niedersächsischen Schule einer Hausmeistertätigkeit nachgeht. Er arbeitet 365 Tage im Jahr und bekommt dafür nur einen Euro in der Stunde. Das Amt weigert sich, seinen Asylantrag anzuerkennen und ihm ein normales Beschäftigungsverhältnis zu gewähren. Bleibt nur die Frage, warum sich nur wenige Menschen gegen diese menschenverachtende Behandlung von ausländischen Mitmenschen engagieren, zumal anzunehmen ist, dass diese niederträchtigen Methoden auch gegen andere Bevölkerungsteile eingesetzt werden sollen. MX



LOKALES MELDUNGEN PROVINZIELLES

Platzwunde für "Pitbull-Germany"

Zu einer Geldstrafe von 1800 Euro verurteilte das Celler Amtsgericht einen 22-jährigen Hannoveraner Sozialassistenten, weil er im Juli des Jahres einem 18-jährigen Celler Schüler eine leere Bierflasche auf dem Kopf zerschlagen hatte. Zu der "gefährlichen Körperverletzung" war es gekommen, weil der Schüler ein T-Shirt mit dem Aufdruck "Pitbull Germany" trug. Gemeinhin weist dies seine Träger als Neonazi, was der unerwünschte Partygast seinerzeit auf Nachfrage auch als seine "Gesinnung" einräumt habe.

125 Euro für Gomel-Hilfe

Die Soli-Vokü, die das Celler Forum gegen Atomenergie im September im Bunten Haus durchführte, brachte 125 Euro in die Kasse der Hilfe für Tschernobyl-Opfer. Ein Hilfstransport des Soltauer Kirchenkreises brachte im Oktober Kleidung und unbelastete Lebensmittel ins weißrussische Gomel.

ÖPNV nur noch halbstündig

Anlässlich des Zusammenschlusses der drei in Stadt und Landkreis tätigen Busunternehmen verkündeten "CeBus" gleich eine Verschlechterung. Künftig verkehren die Busse im Stadtgebiet nur noch im 30-Minuten-Takt, bisher fuhren sie in den Kernzeiten alle 20 Minuten. Dafür wird das Jahresabo der Monatskarte gleich um 20 Prozent teurer, die übrigen Tarife werden nur um gut 1 Prozent angehoben.

Angriff auf Punk in Eschede

Anfang September wurde in Eschede ein Punk von eine Gruppe

Jugendlicher grundlos angegriffen und verprügelt. Die Polizei mutmaßte daraufhin in ihrer Pressemitteilung: "Vermutlich hatte die Angreifer das Punker-Outfit des Mannes gereizt."

Gutscheine mit laufender Nummer

Wir haben zuletzt häufiger über die Vergabe von Einkaufsgutscheinen statt Bargeld an Flüchtlinge (Asylbewerberleistungsgesetz) berichtet. Die Kritik an der Praxis des Celler Sozialamts, wonach Einkaufsläden mit den Gutscheinen auch die Kassenbons einzureichen haben, hat nicht gefruchtet. Im Gegenteil: Seit September ist zusätzlich jeder einzelne Gutschein mit einer laufenden "Seitenzahl" versehen, die es - zumindest theoretisch - möglich macht, jeden einzelnen Kassenbon einem bestimmten Flüchtling bzw. seiner Familie zuzurechnen.

Ostumgehung favorisiertes Vorhaben

Die Lüneburger Bezirksregierung hat den Bau der Celler Ortsumgehung an die Spitze der favorisierten Vorhaben für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans gesetzt. In finanzieller Hinsicht sind die Chancen für eine baldige Realisierung des Projekts gestiegen.

Ver.di gegen Zusammenlegung

Die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di hat sich gegen die Übertragung der Jugendhilfeaufgaben von der Stadt an den Landkreis ausgesprochen. Die Stadt würde damit ihre Verpflichtung aufgeben, die Lebensverhältnisse ihrer Bürger zu beeinflussen. Biermann, der aus Kostengründen auf die Abgabe dringt, wies die Kritik der Gewerkschaft zurück und drehte den Spieß um: Wenn die Jugendhilfe bei der Stadt bleibe, sei

nicht sichergestellt, dass der Standard erhalten bliebe, weil ihr die Mittel fehlten.

Über 40 bei Rundgang

Mit über 40 TeilnehmerInnen war der antifaschistische Stadtrundgang am Antikriegstag gut besucht. Ein thematischer Schwerpunkt war diesmal auch der Widerstand der Arbeiterbewegung gegen den Hitler-Faschismus.

Hausdurchsuchung

Anfang September führte das LKA bei einem Celler und einem Hannoveraner Kurden Hausdurchsuchungen durch. Gegen sie wird als Funktionäre der PKK-Nachfolgeorganisation KADEK ermittelt. Nach Auffassung des LKA würden die sichergestellten Unterlagen belegen, dass der Celler Kurde als sogenannter Depothalter für die Verwahrung, Abrechnung und Weiterverbreitung von Schriften der verbotenen Organisation zuständig sei.

Starker Tobak? Nein! Viel Rauch um nichts!

Im September wurde das Ermittlungsverfahren wegen eines angeblichen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz (PKK-Verbot) gegen Olaf Meyer, Mitglied in der Antifaschistischen Aktion Lüneburg / Uelzen und Kurdistan Solidarität Uelzen, eingestellt. Olaf Meyer war vorgeworfen worden, als Leiter einer Veranstaltung in Celle am 20. Februar 2002, ein Transparent mit einem Symbol der verbotenen ERNK gezeigt zu haben. Obwohl dieses Symbol deutlich überklebt war, führte die Polizei noch am 16. Juli 2002 eine Durchsuchung in

LOKALES MELDUNGEN PROVINZIELLES

der Wohnung von Olaf Meyer in Lüneburg durch (siehe letzte revista). Eine dabei beschlagnahmte ERNK-Fahne hat die Staatsanwalt jetzt wieder zurückgegeben. - Das Bunte Haus blieb im übrigen trotz einer von CDU, Teilen der SPD, Polizei und Lokalpresse getragenen Kriminalisierungskampagne von jeglichen offiziellen Anmaßungen durch Staatsanwalt oder Vermieter verschont. Entschuldigungen seitens derer, die im Frühjahr schamlos gegen das Zentrum hetzten, blieben - wie nicht anders zu erwarten - aber ebenfalls aus.

WBG wird vorerst nicht verkauft

Die Städtische Wohnungsbaugesellschaft (WBG) wird vorerst nicht verkauft. Obwohl die Verwaltungsspitze den Verkauf zur Sanierung des städtischen Haushalts dringend befürwortete, lehnten die Vorsitzenden der Ratsfraktionen von CDU, Peters, und SPD, Rejmann, im September übereinstimmend einen Verkauf ab. Der WBG-Aufsichtsratsvorsitzende Haack (CDU) und der Geschäftsführer der Gesellschaft, Hildebrandt, hatten als Entgegenkommen eine Verzinsung bzw. Ablösung der von der Stadt gegebenen Darlehen in Höhe von 6,4 Mio. Euro zugesagt. Zudem geht man allgemein davon aus, dass der Immobilienmarkt aktuell keinen akzeptablen Verkaufspreis erbringen würde und nur "Schnäppchenjäger" anlocken würde. Die WBG hat rund 2500 Wohnungen und damit eine gewichtige Position im Celler Wohnungsmarkt.

Halbwertzeit von Wahlkampfprüchen Bei Struck noch ein paar Wochen

Sechs Spürpanzer vom Typ "Fuchs" mit 52 Bundeswehrsoldaten als Besatzung befinden sich zurzeit in

Kuwait. Ende August war vom seinerzeit frischen Verteidigungsminister Struck zu hören: "Wenn die Gefahr besteht, dass unsere Soldaten in eine kriegerische Auseinandersetzung gegen den Irak verwickelt würden, wäre das durch den Bundestagsbeschluss nicht mehr gedeckt. Dann müssten sie abgezogen werden." Die Gefahr eines Krieges wuchs seitdem mit jedem Tag. Doch am 16. Oktober erklärte Struck, dass die Spürpanzer der Bundeswehr vorläufig in Kuwait stationiert bleiben sollen. Ein Abzug der Geräte hätte nach Einschätzung der Bundesregierung in außenpolitischer Hinsicht "fatale Folgen". Im Gegensatz zu Äußerungen im Wahlkampf meinte Struck nun, dass die Panzer auch dann bleiben sollen, wenn es zu einem Krieg gegen den Irak kommt - es sei denn, Kuwait selbst werde von irakischer Seite angegriffen.

Kritik aus eigenen Reihen Rassistischer Spruch von Biermann?

Oberbürgermeister Biermann wird von einem Parteifreund vorgeworfen, sich auf einer CDU-Kommunalwahl-Veranstaltung in Altenhagen im vergangenen Jahr öffentlich fremdenfeindlich geäußert zu haben. Im Zusammenhang mit dem Asylbewerber-"heim" soll Biermann gesagt haben: "Ich lehne es ab, Verbrechern Deutschunterricht zu erteilen, damit sie noch besser dealen können." Dies behauptet, gestützt durch eine eidesstattliche Erklärung, das CDU-Mitglied Walter Löning. Wie er der CZ weiter mitteilte, habe etwa die Hälfte der Anwesenden, darunter führende Parteimitglieder, Beifall gespendet. Biermann bestreitet, das so gesagt zu haben. Was er gesagt haben will, unterscheidet sich eigentlich nur durch die Zahl der Nebensätze und nicht in Inhalt: "Ich bin nicht bereit, abgelehnten Asylbewerbern, die zur Ausreise verpflichtet sind und hier bei uns mit Drogen dealen, ihr verbrecherisches

Tun noch durch geförderten deutschen Sprachunterricht zu erleichtern, sondern ich bin dafür, dass diese schnellstmöglich unser Land verlassen, um ihr ungesetzliches Treiben zu beenden." Das empfinde er nicht als fremdenfeindlich. Wahrscheinlich ist's tatsächlich nicht unbedingt fremdenfeindlich, aber es ist eine rassistische Hetzrede. - Im August 2000 war Biermann im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterkunft schon mal in eine xenophobe Bilderwelt eingetaucht, als er seinerzeit der Öffentlichkeit folgende Geschichte präsentierte: "Kurz nach 21 Uhr hielt ich mit meinem Wagen in direkter Nähe des Hauses, da tauchten plötzlich finstere Gestalten auf, die sich eindeutig abwehrend meinem Auto näherten - so schnell habe ich noch nie den Rückwärtsgang gefunden."

Alle Jahre wieder Hess-Plakatierung

Es ist schon fast rituell. Pünktlich zum Todestag der Neonazi-Ikone Rudolf Hess Ende August werden in Celle Plakate zum Stellvertreter des Führers geklebt, diesmal auf Wahlplakate in Vorwerk und Altencelle.

Blockwart Award

Echte Probleme hat die Stadt Celle mit ihrem "Zivilcourage-Preis". Im vergangenen Jahr war die Preisverleihung ausgefallen. Dieses Jahr musste die Meldefrist verlängert werden, weil keine Vorschläge eingingen. Nach erneutem Aufrufen wurde dem Pressesprecher der Stadt ein Mann angedient, der einen Ladendieb gefasst hat. Da Zivilcourage im eigentlichen Sinne eher meint, gegenüber einem Vertreter der Obrigkeit ohne Rücksicht auf persönliche Verluste für Werte wie Freiheit und Gerechtigkeit, gegen Rassismus und Diskriminierungen einzusetzen, gibt es aber in Celle wirklich kaum AnwärterInnen. Aber ja nach wie vor genug Blockwarte.

Mehr Druck und weniger Geld

Mit Hartz gegen die Erwerbslosen



Bis Schröder seine Regierung als Friedenstaube präsentierte, beherrschte vor allem das Thema "Arbeitslosigkeit" die öffentliche Debatte. Schon dabei wurde deutlich, dass SPD und Bündnisgrüne nicht den Konzernen übel nimmt, dass sie Leute rauschmeißen, sondern den Rausgeschmissenen, dass sie in den Statistiken der Arbeitsämter auftauchen. Was die von der Regierung einberufene Hartz-Kommission noch vor der Wahl als Zukunftskonzept präsentierte, läuft dann auch darauf hinaus, nicht die Erwerbslosigkeit zu bekämpfen, sondern die Erwerbslosen. Noch ist vieles im Detail unklar. Vielleicht regt sich bisher nur wenig Protest, aber gerade in den nächsten Monaten bestehen noch Chancen, den massiven Angriff auf die Lebensbedingungen von Millionen Menschen in diesem Land abzuwehren. Deshalb soll dieser Artikel einen kleinen Einblick geben in die Pläne der Regierung.

Neben dem gebetsmühlenartigen Geblubber, man wolle Hartz 1:1 umsetzen, gibt's in der Koalitionsvereinbarung erstmal nur eine konkrete Schweinerei gegen Erwerbslose: Bei der Arbeitslosenhilfe soll künftig das Einkommen des Ehepartners noch stärker berücksichtigt werden. Mindestens 1,5 Milliarden Euro will die Regierung Familien mit Erwerbslosen auf diesem Weg rauben. Etwa 18 Prozent der ArbeitslosenhilfeempfängerInnen, rund 350.000 Menschen werden davon betroffen sein.

Zwischenzeitlich wollte Rot-Grün das Arbeitslosengeld von Jobsuchenden mit Kindern von derzeit 67 Prozent auf 60 Prozent des letzten Nettolohns kürzen, was aber aufgrund der Proteste von Gewerkschaften und Sozialverbänden schnell vom Tisch war. Bestandteil des ersten Gesetzentwurfs zur Umsetzung der Hartz-Vorschläge sind jetzt andere

Kürzungsvorschläge. Bei der Arbeitslosenhilfe soll eigenes Vermögen und Einkommen des Partners stärker angerechnet werden. Bislang bleiben pro Lebensjahr 520 Euro eigenes Vermögen anrechnungsfrei. In Zukunft sollen es nur noch 260 Euro sein. Die dadurch entstehende Altersarmut ist für die Regierung kein Thema.

Und kaum jemand fragt bisher, welche Jobs eigentlich dadurch entstehen sollen, dass die Rot-Grün den Arbeitslosen Geld wegnimmt? Es lohnt ein Blick auf die schon geschönte Arbeitslosenstatistik, um zu erkennen, was die Bundesregierung unterstellt: Danach drücken sich bundesweit nämlich rund zehn Arbeitslose um eine durch das AA angebotene offene Stelle. In Celle schaffen es sogar 13 Arbeitslose, sich um einen der schlecht bezahlten offenen Jobs in der Gastronomie zu drücken (siehe Seite 10).

Aber schauen wir uns das Hartz-Konzept in weiteren Eckpfeilern an:

Druck und Kontrolle sollen um noch mehr Druck und noch mehr Kontrolle ergänzt werden. Dies beginnt zukünftig mit dem Erhalt der Kündigung. Beschäftigte sollen verpflichtet werden, diese sofort dem Arbeitsamt zu melden, sonst gibt es für jeden Tag Verspätung pauschalisierte Abzüge.

Richtigen Druck gibt es dann bei der Arbeitsvermittlung. Hier gilt in Zukunft die "Neue Zumutbarkeit". Für alle Erwerbslosen gilt dabei die Umkehr der Beweislast. Sie und nicht das Arbeitsamt werden in Zukunft beweisen müssen, dass eine Stelle für sie unzumutbar ist. Bereits heute muss nach sechs Monaten Arbeitslosigkeit jede Arbeit angenommen werden, die nicht geringer als das Arbeitslosengeld bezahlt wird. In Zukunft gilt für Alleinstehende bereits nach dreimonatiger Erwerbslosigkeit aber auch ein Umzug im gesamten Bundesgebiet als zumutbar, sofern keine Angehörigen zu betreiben sind und eine unbefristete Vollzeitstelle angeboten wird.

Am Herzen liegen der Kommission die Sperrzeiten, sie sollen "flexibilisiert", sprich häufiger anwendbar gemacht werden. Hierzu soll ein System von Geldbußen dienen, so dass künftig differenziert abgestraft werden kann, wer die mit seinem "Fallmanager" getroffene "Eingliederungsvereinbarung" nicht erfüllt oder sich anderweitig unkooperativ zeigt.

Das Arbeitslosengeld (ALG) soll im Grundsatz erhalten bleiben, doch soll es für die BezieherInnen insofern Kürzungen geben, als auf die bisher verpflichtende Anpassung des individuellen ALG an die Lohnentwicklung verzichtet wird. Die Arbeitslosenhilfe soll in ihrer bisherigen Form abgeschafft und ein neues "Arbeitslosengeld II" eingeführt werden, das auch für alle arbeitsfähigen



SozialhilfebezieherInnen gelten soll. Letztere werden in Zukunft nicht mehr von den Sozialämtern, sondern von den künftig Job-Center genannten Arbeitsämtern 'betreut'.

Für die bisherigen BezieherInnen von Arbeitslosenhilfe würden sich einschneidende Veränderungen ergeben. Das neue ALG II gilt nicht mehr als Lohnersatz-, sondern als Fürsorgeleistung. Der Bezug zum vorherigen Nettoeinkommen entfällt. Wird bisher bei Bezug von Arbeitslosenhilfe bereits das eigene Vermögen sowie das Einkommen von EhepartnerInnen mitberücksichtigt, so sollen in Zukunft in die Bedürftigkeitsprüfung wie bei der Sozialhilfe auch Eltern und Kinder einbezogen werden. Die entscheidende Frage nach der Höhe lässt der Bericht wohlweislich unbeantwortet. Zieht mensch aber ein Fazit aus der seit Monaten über alle Parteigrenzen hinweg laufenden Debatte um die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, so liegt die Vermutung auf der Hand, dass sich die Höhe des ALG II dicht am Sozialhilfebedarf bewegen soll. Voraussichtlich werden die Bedürftigkeitskriterien (Einkommens- und Vermögensanrechnung, Unterhaltspflichten etc.) eher denen der Sozialhilfe als denen der Arbeitslosenhilfe entsprechen. Damit aber hätten rund 80% der heutigen ArbeitslosenhilfebezieherInnen mit zum Teil massiven finanziellen Verlusten zu rechnen.

Das Herzstück im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aber soll die staatlich geförderte Leiharbeit werden: Der Anteil der Leiharbeit liegt in Deutschland mit 0,7% weit unter dem europäischen Durchschnitt und den Verhältnissen in den USA. Diese Lücke will die Hartz-Kommission schließen. Es wird behauptet, man könne 780.000 Arbeitslose über Leiharbeit bis zum Jahr 2005 in Erwerbsarbeit bringen.

Die sogenannten Job-Center sollen deshalb in Zukunft mit einer oder mehreren "PersonalServiceAgenturen (PSA)" zusammenarbeiten. Deren Aufgabe soll sein, Unternehmen gegen vergleichsweise niedrige Gebühren zeitweise Beschäftigte zu überlassen, in der Hoffnung, dass einige vielleicht übernommen werden. Wichtiger Anreiz für die Unternehmen, PSA-Angestellte anzufordern, soll dabei neben der Kostenersparnis die "Neutralisierung" des Kündigungsschutzes sein, da die PSA-Beschäftigten, wie bei Leiharbeit üblich, je nach Bedarf wieder zurückgegeben werden können. Die PSA bezieht ihr Personal durch Zwangsrekrutierung aus dem Kreis der Arbeitslosen und arbeitsfähigen SozialhilfebezieherInnen. Die Arbeit in der PSA gilt grundsätzlich als zumutbar, da sie tarifvertraglich geregelt werden soll.

Wer von der PSA angestellt wird, ist nicht mehr arbeitslos, sondern Angestellter der Zeitarbeitsfirma. Sollten Beschäftigte nach mehreren Entleihungen, immer noch nicht übernommen worden sein oder sich bei ihnen zuviel "verleihfreie Zeit" anhäufen, kann die PSA sich auch wieder von ihnen trennen. Diesen Beschäftigten droht wegen ihrer gegenüber der früheren Beschäftigung abgesenkten Entgelte dann ein entsprechend geringes Arbeitslosengeld.

Als Entgelt sollen die Beschäftigten in der PSA in den ersten sechs Monaten, die als Probezeit gelten, eine Nettovergütung in Höhe ihres Arbeitslosengeldes (I oder II) erhalten. Die "Lohnersatzleistung" verwandelt sich so in unveränderter Höhe in Arbeitsentgelt! Nach der Probezeit



erhalten die Beschäftigten einen noch zu vereinbarenden PSA-Tariflohn. Über die Gestaltung dieses Tarifvertrages schweigt sich der Bericht aus, doch wird von der Kommission eine Höhe von 70 Prozent des vormaligen Bruttolohnes angestrebt.

Wenn davon ausgegangen wird, dass die meisten Beschäftigten vor ihrer Erwerbslosigkeit tariflich bezahlt wurden, heißt dies im Klartext, dass hier ein tariflich abgesichertes Lohndumping angestrebt wird. Angestellte, die vor ihrer Arbeitslosigkeit beispielsweise mit 2000 Euro eingruppiert waren, würden danach noch 1400 Euro brutto erhalten - möglicherweise für die gleiche Arbeit wie zuvor. Im bei Redaktionsschluss noch nicht vorliegenden ersten Gesetzentwurf soll auf Druck der Gewerkschaften festgeschrieben sein, dass der im Betrieb übliche Tariflohn gezahlt werden soll. Ob dies von Beginn an gilt, war Anfang November unklar.

Richtig lukrativ sind die PSA-Angestellten für die Entleiher. Denn diese sollen - laut Hartz - die Angestellten im Allgemeinen gegen eine Leihgebühr erhalten, die noch unter dem tariflichen PSA-Brutto liegt und sich an 50 Prozent der Kosten, die der PSA entstehen, orientiert - bei einem Arbeitgeberbrutto der PSA von z.B. 1600 Euro also einem Betrag von 800 Euro. Das Geld, was den Erwerbslosen geraubt wird, wandert also faktisch in die Kassen der Unternehmen.

Durch Mini-Jobs und Ich-AGs soll der private Dienstleistungsbereich weiter ausgeweitet und bisherige "Schwarzarbeit" legalisiert werden. Bei den Mini-Jobs, die zunächst nur auf haushaltsnahe Dienstleistungen beschränkt sind, können bis zu 500 Euro im Monat verdient werden, wenn eine Pauschalabgabe für Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge in Höhe von zehn Prozent abgeführt wird. Privathaushalte sollen die Kosten für eine Haushaltshilfe von der Steuer absetzen dürfen.

Schließlich sollen auch "Familien-" und "Ich-AGs" neue Arbeitsplätze schaffen. Arbeitslose, die sich selbständig machen wollen, können bis zu drei Jahre lang Fördermittel erhalten, wenn ihre Miniklitsche, bei der sie sich selbst beschäftigen, nicht mehr als 25000 Euro einbringt. Hierfür sollen pauschal zehn Prozent Steuern bezahlt werden und eine Sozialversicherungspflicht bestehen. Handwerksbetriebe und kleine Unternehmen dürften bis zu 50 Prozent ihres Personals mit Ich-AG-Inhabern besetzen. Auch hier ist ein Substitutionseffekt naheliegend. Beiträge zur Sozialversicherung entfallen, Krankheitsrisiken einschließlich Lohnfortzahlung werden von der Ich-AG getragen und einen Kündigungsschutz gibt es auch nicht.

Die beschäftigungspolitischen Vorschläge konzentrieren sich ausschließlich auf die staatlich geförderte Ausweitung prekärer und niedrig entlohnter Arbeit (PSA-Leiharbeit, Mini-Jobs, Ich-AG), die oft reguläre Arbeitsplätze zu ersetzen

droht. Sie folgen damit der neoliberalen These, dass "zu hohe" Arbeitsentgelte eine Hauptursache der hohen Erwerbslosigkeit seien. Zur Behebung des millionenfachen Mangels an regulären Arbeitsplätzen tragen sie nichts bei.

Die Hartz-Pläne zur Reformierung des Arbeitsmarktes stellen den größten Angriff auf die beschäftigten und erwerbslosen Lohnabhängigen seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland dar. Eine Phalanx aus SPD, Grünen, Unternehmen und Medien drängt auf schnellstmögliche Umsetzung der Pläne mit den Argumenten, es müsse endlich etwas gegen die Arbeitslosigkeit getan werden und man dürfe das große Projekt nicht klein reden. Die beabsichtigten Folgen dieser Politik sind neben mehr Druck und weniger Geld für Arbeitslose eine allgemeine Absenkung des Lohnniveaus und eine massive Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse.

Blumer

Hier drücken sich 13 Arbeitslose um eine offene Stelle

Arbeitsamt Celle im September 2002

Zum Bezirk des Arbeitsamtes Celle gehören neben Stadt und Landkreis Celle, die etwa die Hälfte der Erwerbslosen im Bezirk stellen, die Ämter Walsrode, Burgwedel und Burgdorf. Die letzten aktuellen Eckdaten für den September 2002 weisen 21.432 Arbeitssuchende aus, darunter 16.719 Arbeitslose und 370 Kurzarbeiter. 958 "Offene Stellen" wurden im September gemeldet, am Monatsende waren insgesamt 1.299 Stellen unbesetzt. Es gab 2917 Abgänge aus der Arbeitslosenstatistik, davon 788 aufgrund erfolgreicher Vermittlungsbemühungen des AA. Was eigentlich mit den restlichen 2.129 Abgängen ist, weist die Statistik nicht aus.

Bei den offene, also "gemeldete Stellen" handelt es sich beileibe nicht ausschließlich um Arbeitsplätze, die einen Menschen, wenn nicht gar die ganze Familie ernähren können - und die der faule Arbeitslose bloß nicht anzutreten gewillt sei. Weit gefehlt, denn: "Als gemeldete Stellen gelten den Arbeitsämtern zur Besetzung gemeldete Arbeitsplätze mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als sieben Kalendertagen" (nachlesbar unter www.arbeitsamt.de "Statistik"). Klartext: ein unbezahltes Praktikum mit einer Dauer von 14 Tagen gilt als offene Stelle, ebenso wie die Aushilfstätigkeit als Verkäuferin auf dem Weihnachtsmarkt.

Viele Erwerbslose haben noch nie ein (adäquates) Stellenangebot vorgelegt bekommen. Gerne wird deshalb auf den Stellen-Informations-Service (SIS) der Bundesanstalt für Arbeit verwiesen. Wir haben am 27.10.2002 den SIS-Computer befragt, als Suchkriterien - Stellen der letzten vier Wochen - und die Postleitzahlen von Stadt und Landkreis Celle eingegeben. Uns wurden sage und schreibe 137 Angeboten quer durch alle Berufssparten angezeigt, davon waren ganze 99 Angebote Vollzeitstellen. Ein Tariflohn wird

in den wenigsten Fällen angeboten, in der Regel lautet der Eintrag: "nach Vereinbarung".



Die neue Mitte bleibt Rot-Grün gewinnt sogar in Celle



Am Ende war's fast nicht mehr überraschend, dass Rot-Grün mit knapper Mehrheit am Ruder blieb. Die WählerInnen glaubten ihren Oberen nur zu gern, dass es sie nicht in einen Krieg gegen den Irak treibe. Und so konnte auch der neue ("ungediente") Kriegsminister Struck ungefährdet wieder das Direktmandat im Wahlkreis

Celle-Uelzen gewinnen. In der Stadt Celle - und um deren Wahlergebnis soll es im folgenden primär gehen - holte er mit 20603 Stimmen 48,5 % (+ 1,5 %-Punkte). Der CDU-Bewerber Klaus-Jürgen Hedrich erzielte mit 17477 Stimmen 41,2 % (-2,3 %-Punkte). Die deutliche Niederlage in der ehemaligen CDU-Hochburg veranlasste Hedrich, am Tag nach der Wahl anzukündigen, dass damit seine letzten vier Jahre in Berlin angebrochen wären. Die Ergebnisse der Kandidaten der FDP (4,9 %) und der Bündnisgrünen (3,2 %) blieben deutlich hinter den Zweitstimmen ihrer Parteien zurück, die WählerInnen ihrer Parteien verteilten die Erststimmen in Lagerlogik auf SPD und CDU. Lothar Kaminski von der PDS erzielte im Stadtgebiet 465 Stimmen (= 1,1 %) und damit etwas mehr als die Partei bei der Zweitstimme. Wer mit seinem Kreuz seine Stimme nicht abgeben wollte, konnte Henner Schlichting von der "Liste Niemand" wählen: Es waren immerhin 192 WählerInnen (= 0,5 %), die Spaß an diesem Anarcho-Angebot hatten.

Überraschenderweise konnte die SPD bei den Zweitstimmen ihren Erfolg der letzten BT-Wahl behaupten, mit 18097 Stimmen erzielte sie 42,5 % und lag damit erneut vor der CDU, die mit 16852 Stimmen 39,1 % erzielte. Die FDP ist mit 3030 (= 7,1 %) drittstärkste Partei vor den Bündnisgrünen mit 2929 Stimmen (= 6,9 %). Die PDS bekam 431 Zweitstimmen (= 1,0 %). Bei den rechtsextremistischen Parteien erzielten die REPs mit 497 Stimmen (= 1,2 %) das beste Ergebnis, die erstmals angetretene Schill-Partei bekam 451 Stimmen (= 1,1 %), die NPD kam auf 204 Stimmen (= 0,5 %).

Die SPD lag in 3/4 der Wahllokale vor der CDU, einzig in Klein-Hehlen/Boye, Altenhagen/Bostel, Groß-Hehlen und dem gut betuchten Teil Altencelles hatte die CDU die Nase noch vorn. Die Bündnisgrünen haben ihre Hochburgen in den Vierteln rund ums Stadtzentrum, sie schwächeln in den eingemeindeten ehemaligen Dörfern und den Arbeiterwohnquartieren.

Absolut verwunderlich ist, wie

wenig sich gegenüber dem Ergebnis von 1998 geändert hat (siehe Kasten). Bis auf die Bündnisgrünen bewegen sich alle Bundestagsparteien im Bereich von +/- 0,2 %-Punkten, und auch die Faschisten haben zusammen nur ein Minus von 0,3 %-Punkten. Die Bündnisgrünen allerdings erzielten mit fast 3000 Stimmen ihr bisher bestes Bundestagergebnis in Celle-Stadt.

Vor vier Jahren war der SPD-Erfolg und die CDU-Niederlage eine kleine Sensation und viele glaubten an eine Eintagsfliege, entsprungen der Kohl-Müdigkeit. Jetzt ist in Celle offensichtlich so etwas wie niedersächsische Normalität eingekehrt. Das Ergebnis zu verstehen, fällt trotzdem schwer. Die einzige Partei, die in ihrem Handeln ihr Programm gänzlich auf den Kopf stellte, indem sie Kriege führte und den Atomanlagen eine Bestandsgarantie verschaffte, konnte Stimmzuwächse verbuchen. Der große Regierungspartner geht trotz der geplanten Zumutungen für Arbeitslose (siehe Hartz) - und damit als Drohung gegen alle Beschäftigten - nicht baden. Die Regierung bringt mit einem Flyer zum Zuwanderungsgesetz den einzig breitenwirksamen rassistischen Dreck unters Wahlvolk und wird trotzdem von vielen "kritischen" Gutmenschen als das kleinere Übel gewählt. Die neue Mitte hat für ihre nur schönegeredete Kriegspolitik und ihre gutverpackten Androhungen des Sozialabbaus auch in Celle eine Zustimmung bekommen. Das einzig tröstliche am Wahlergebnis insgesamt ist, dass es im Parlament denkbar knapp zugeht und mensch sich von CDU-dominierten Bundesrat diverse taktische Blockaden der sogenannten Reformpolitik erhoffen kann.

Harry Klein

Weitere Infos unter www.anti-hartz.de oder www.gegeninformationsbuero.de oder www.labournet.de

Partei	2002	in %	1998	in %
SPD	18097	42,5	19003	42,5
CDU	16852	39,1	17519	39,2
Bündnisgrüne	2929	6,9	2329	5,2
FDP	3030	7,1	3086	6,9
PDS	431	1,0	439	1,0
REP	497	1,2	1113	2,5
NPD	204	0,5	64	0,1
Schill	451	1,1		
DVU			221	0,5
Wahlbeteiligung	42590	77,8	44679	80,4
ungültige St.	329	0,8	336	0,8

Konkurrenzkampf um irakisches Öl

Immer wieder beschwört die US-Regierung unter Präsident George W. Bush die Gefährdung des Weltfriedens und der Vereinigten Staaten durch die Rüstungsanstrengungen des Irak, der sich angeblich in den Besitz von Massenvernichtungswaffen bringen wolle und nicht davor zurückschrecke, mit islamistischen Terroristen zu kooperieren. Beweise für diese ständig wiederholten Behauptungen wurden der Öffentlichkeit bislang nicht präsentiert.

Es ist nicht auszuschließen, dass das diktatorische Regime unter Saddam Hussein im Besitz biologischer und chemischer Massenvernichtungswaffen ist und diese zweifellos auch hemmungslos einsetzen würde - dem Diktator in Bagdad ist jedes Verbrechen zuzutrauen. Das hat er in der Vergangenheit oft genug bewiesen. Auszuschließen ist auch nicht, dass das irakische Militär an der Entwicklung neuer Waffen arbeitet. Finanziell ist das kein Problem: Seit 1997 hat der Irak über das UN-Programm "Öl für Nahrung" insgesamt Erdöl im Wert von 36 Milliarden Dollar exportieren können. Davon werden Lebensmittel und Medizin gekauft, die jedoch nicht unbedingt an die verarmende Bevölkerung verteilt, sondern gegen Devisen über Jordanien, Iran, Syrien und Saudi-Arabien verkauft werden. Darüber hinaus nimmt der Irak nach vorsichtigen Schätzungen pro Jahr mindestens zwei Milliarden Dollar durch den Verkauf geschmuggelten Öls ein. Geld genug für die Entwicklung von Rüstungsprogrammen.

Aber niemand kann ernsthaft behaupten, dass der Irak in der Lage sei, die USA mit diesen Waffen anzugreifen. Israel könnte gefährdet sein, und dort bereitet man sich durch Massenimpfungen, die Verteilung von Schutzmasken und die Installierung von Raketenabwehrsystemen auf diese Eventualität vor.

Dennoch geht es der US-Regierung bei der Diskussion des Irak-Problems um eine existenzielle Sache: den Zugriff auf den strategischen Rohstoff Erdöl, ohne den die Wirtschaft der Industrieländer in Nordamerika, Europa und Asien innerhalb kürzester Zeit zusammenbrechen würde. US-Vizepräsident Cheney meinte denn auch, Saddam Hussein müsse nicht wegen seiner Verbindungen zu irgendwelchen Terroristen vernichtet werden, sondern "weil er die Kontrolle über einen großen Teil der Welt-Energiereserven erlangen" könnte.

Diejenige Großmacht, die Ölquellen und Transportwege kontrolliert, verschafft sich nicht nur den Zugriff auf einen billigen Rohstoff, sondern gleichzeitig einen entscheidenden Vorteil gegen mögliche Konkurrenten. Für Anthony Zinni, den ehemaligen Oberkommandierenden des für dieses Gebiet zuständigen US-Regionalkommandos CENTCOM, besteht daher keinerlei Zweifel daran, dass die USA in der Golfregion, wo mehr als 65% der Weltölreserven lagern, freien Zugang zu den Ressourcen haben müssen. Nur so könnten sie ihre Rolle als - nach dem Ende der Sowjetunion - einzig übriggebliebene Großmacht langfristig behaupten. Staaten, die diese Position gefährden könnten, sollen rechtzeitig und gegebenenfalls mit allen Mitteln bekämpft werden. In diesem Konkurrenzkampf wird auch die Ölwanne eingesetzt

werden. Notfalls würde man es vorziehen, die Erdölfelder vollständig zu zerstören, ehe man sie einem militärisch überlegenen Gegner überließe - dies war kürzlich veröffentlichten Regierungsdokumenten aus der Zeit des Kalten Krieges zu entnehmen.

Schon im Zweiten Weltkrieg hatten die USA die Rolle einer Ordnungsmacht in der Golfregion übernommen. In den Folgejahren versuchten sie, den Einfluss indirekt über Marionettenregimes in Saudi-Arabien und im Iran zu sichern. Deshalb kam es 1953 zum Putsch im Iran, der durch den amerikanischen Geheimdienst CIA inszeniert worden war, und zur Stützung der feudalen saudischen Dynastie. Nachdem 1979 im Iran das antiamerikanische, islamistische Ayatollah-Regime an die Macht gekommen und damit einer der Stützpfiler der USA weggebrochen war, verkündete der US-Präsident zu Beginn des Jahres 1980 in der nach ihm benannten Carter-Doktrin: "Der Versuch irgendeiner außenstehenden Macht, die Kontrolle über die Region am Persischen Golf zu erlangen, wird als Angriff auf die vitalen Interessen der Vereinigten Staaten betrachtet (und) mit allen notwendigen inklusive militärischen Mitteln zurückgeschlagen werden."

Dies alles geschah durchaus auch im Interesse Japans und Europas, die durch den Zugriff auf billiges Öl davon abgehalten wurden, selbst in der Golfregion militärisch aktiv zu werden. Möglicherweise sind die US-Eliten jetzt entschlossen, einen Krieg gegen den Irak zu nutzen, um die Verhältnisse im gesamten Nahen Osten neu zu ordnen. Anscheinend gilt Saudi-Arabien - langjähriger Garant der Durchsetzung von US-Interessen am Golf - zunehmend als unsicherer Kandidat. Einerseits hat das feudale Regime in Riad sich weltweit als Sponsor islamistischer Fundamentalisten und Terroristen einen Namen gemacht, andererseits wird die Zusammenarbeit mit US-amerikanischen Ölkonzernen verweigert und sogar die Schließung der amerikanischen Militärbasen angedroht. Anfang September 2002 - so berichtet Financial Times Deutschland - habe der saudische Außenminister Prinz Saud Al-Feisal ein geplantes 25 Mrd. Dollar Investitionsprogramm der Erdölkonzerne Exxon Mobil und Royal Dutch/Shell für die saudische Erdölindustrie abgelehnt.

Ein erfolgreicher Angriff auf den Irak - das Land mit den zweitgrößten Ölreserven der Welt -, die Beseitigung Saddam Husseins und die Übernahme der irakischen Erdölquellen durch US-amerikanische Konzerne würde die Saudis mit Sicherheit aufgeschlossener für die Wünsche der USA machen und gleichzeitig das Monopol der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) brechen.

Offiziell werden im Irak heute pro Tag 1,2 Millionen Barrel Öl gefördert. Nach dem Ende der Wirtschaftssanktionen, so kündigte das Regime an, könnte die Fördermenge auf 6 Millionen Barrel gesteigert werden. Zwar würde dann der Ölpreis fallen, was für die kränkelnde Wirtschaft in den Industrieländern positive Effekte auslösen könnte, gleichzeitig würde jedoch genau das eintreten, was durch den zweiten Golfkrieg von 1991 verhindert werden sol-

lte: Der Irak würde zu einer von den USA unabhängigen, die Golfregion und den Nahen Osten dominierende Mittelmacht aufsteigen. Der Sturz des früheren Verbündeten Saddam Hussein, die Installierung eines den Vereinigten Staaten freundlich gesonnenen Regimes und die direkte Übernahme der Erdölfelder durch westliche Ölkonzerne könnte da durchaus die attraktivere Alternative sein. Ein Mitglied der Bush-Regierung brachte es auf den Punkt und sagte, dass "der Weg zum gesamten Mittleren Osten durch Bagdad führt". Und ein regierungsnaher Kommentator des "Wall Street Journal" schrieb: "Die USA müssen sich mit den Saudis anlegen. Es darf keine Kompromisse mit den hartnäckigen Förderern des Terrorismus geben. Die Saudis sind weit davon entfernt, für die Sicherheit des Westens unabdingbar zu sein - im Gegenteil, sie stellen die größte Gefahr aller Staaten dar, China eingeschlossen. Washington muss sich darauf einrichten, die Ölfelder zu besetzen". Angesichts dieses Szenarios ist es kein Wunder, dass sich die Erdölstaaten am Golf - vor allem Saudi Arabien - gegen den Irak Feldzug ausgesprochen haben. Man fürchtet um die eigenen Einnahmen und die Stabilität der eigenen Herrschaft, was wiederum das Zustandekommen einer von den USA gewünschten Anti-Irak-Koalition schwierig macht.

Konkurrent Deutschland

Unterstützung finden diese Staaten in der Europäischen Union und vor allem in Deutschland, dessen rot-grüne Regierung sich inzwischen stark genug fühlt, den Konflikt mit den USA in der Irakfrage zu wagen. Weltweit fordert das größer gewordene Deutschland Mitspracherechte beim Zugriff auf dringend erforderliche Rohstoffe, drängt sich danach, "Verantwortung zu übernehmen", wie es in offizieller Sprachregelung heißt. Stolz vertraute der sozialdemokratische Bundeskanzler Schröder der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" an: "Wir stellen insgesamt bei internationalen Einsätzen - nach den USA - mit mehr als 9000 Soldaten das zweitgrößte Kontingent. Wir haben 1998 für Einsätze dieser Art 170 Millionen Euro ausgegeben, wir geben in diesem Jahr zwei Milliarden Euro aus für internationale Friedenseinsätze." Obwohl die rot-grüne Bundesregierung keinerlei Skrupel hat, die Bundeswehr international kriegstauglich zu machen, wird ein Krieg gegen den Irak zur Zeit abgelehnt. Das mag wahltaktische Gründe gehabt haben, aber nicht nur. Kanzler Schröder beschwört einen "deutschen Sonderweg". Kritik an der Politik der US-Regierung mischt sich immer wieder mit allgemeinem, völkisch motiviertem und mit antisemitischen Klischees durchsetztem Antiamerikanismus. So berichtete ein Kolumnist der "New York Times", der geschasste sozialdemokratische Verteidigungsminister Scharping
h a b e
E n d e

August 2002 auf die Frage, warum die deutsche Regierung so lautstark die US-Politik gegen den Irak kritisiere, geantwortet: Weil anders als in Deutschland, das sich solcher Einflussnahme widersetze, in den USA eine "mächtige, vielleicht übermächtige jüdische Lobby" den Präsidenten in seiner Zielsetzung beeinflusse.

Niemand zweifelt daran, dass im Falle eines Krieges der Ölpreis explodieren würde. Dies aber träfe Europäer und Japaner erheblich stärker als die USA, denn Japan bezieht 70, Europa 40 und die USA lediglich 10% des jeweils benötigten Erdöls aus der Golfregion. Außerdem verfügen die USA über erhebliche strategische Ölreserven. Die Konkurrenzfähigkeit Europas und Japans würde einen empfindlichen Schlag erhalten, die Stellung der USA auf dem Weltmarkt gestärkt. Vorsichtshalber stellt sich das Erdölkartell OPEC auf dieses Szenario ein und hat angekündigt, man werde im Kriegsfall versuchen, die Erdölpreise stabil zu halten, um bei einer Unterbrechung des Ölangebots auf eine Überschusskapazität von 5 Millionen Barrel pro Tag zurückgreifen zu können.

Aber auch in der Golfregion selbst steht einiges für Deutschland auf dem Spiel. Zu einer Reihe von Ländern bestehen intensive, langjährig gewachsene Handelsbeziehungen: Für den Iran ist Deutschland mit 11% aller Importe wichtigster Handelspartner. Auch in der Türkei ist Deutschland mit 15% wichtigster Importeur. In Syrien belegt Deutschland mit 7,8 Prozent aller Importe hinter Frankreich Platz 2. Für Jordanien ist der Irak mit 15% wichtigster Importeur, gefolgt von Deutschland mit 11,5%. In Saudi-Arabien liegt Deutschland auf Platz 4 der Importnationen hinter den USA, Japan und Großbritannien. Der Irak treibt Handel mit fast allen seinen Anrainerstaaten, zu großen Teilen vermutlich am UN-Boykott vorbei, um Waren und Geld zu waschen. Das Industrieland, das von diesen Geschäften der Anrainerstaaten indirekt am meisten profitiert, ist Deutschland. Ein Krieg würde das alles aufs Spiel setzen. Und wer garantiert, dass die USA nicht auch Krieg gegen den Iran führen, wenn das Irakproblem zu ihrer Zufriedenheit gelöst ist? Deutschland und Europa befinden sich in der Zwickmühle. Einerseits befürchtet man die historischen Bindungen und gut funktionierende

Geschäftsbeziehungen in einem Krieg aufs Spiel zu setzen, andererseits darf man nicht abseits stehen, wenn sich ein schneller Sieg der USA abzeichnen sollte, sonst verlöre man auf lange Zeit jeglichen Einfluss in der Region und damit auch den Zugriff auf billiges Erdöl. Der Kampf um Rohstoffe und neue Kolonien hat begonnen.

Doch wie und wo wird er enden.



Hubert Brieden, gesendet im Hannoverschen "radio flora" am 23.9.2002.

Edgar Paez warb in Celle um Solidarität

"Was international als Krieg gegen Drogen verkauft wird, ist oft genug ein Krieg gegen die Bevölkerung", sagte Edgar Paez. Der kolumbianische Gewerkschafter berichtete Ende September in Celle, wie die sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und der Großteil der verarmten Landbevölkerung immer mehr ins Fadenkreuz staatlicher und paramilitärischer Kriegspolitik geraten. Mehr als 5000 Menschen werden jährlich von paramilitärischen Gruppen, die mit tatkräftiger Unterstützung des Staates operieren, in Kolumbien ermordet.

Edgar Paez ist der stellvertretende Vorsitzende der kolumbianischen Lebensmittelgewerkschaft SINALTRAINAL. Nach Celle eingeladen hatte ihn die Celler DGB-Geschäftsstelle, der Arbeitskreis Eine Welt und das Bunte Haus; über 30 BesucherInnen kamen zu der Veranstaltung ins Bunte Haus. Die Übersetzung und einige Anmerkungen zum besseren Verständnis der kolumbianischen Situation besorgte



Tom Seibert (DGB Celle) begrüßt den kolumbianischen Gewerkschafter Edgar Paez.

der Berliner Schriftsteller (und FELSianer) Raul Zelik, der in den vergangenen Jahren mit Lesungen im Bunten Haus war.

Im Zuge seiner europaweiten Rundreise informierte Edgar Paez über den Krieg gegen die Gewerkschaften und die sozialen Bewegungen, über die aktuelle Situation nach dem Amtsantritt von Uribe Velez, über die Wirkungen des Plan Colombia, über Hintergründe des Paramilitarismus, über die Politik der transnationalen Unternehmen und über die Zustände bei Coca-Cola in Kolumbien.

Wie aktuell das Thema des Terrors gegen Gewerkschafter ist, belegte die Ermordung eines Gewerkschafters am 31. August in Barranquilla durch Paramilitärs, nachdem er 10 Tage zuvor einen Arbeitsprozess gegen Coca-Cola gewonnen hatte. "Meine Gewerkschaft hat in den vergangenen Jahren 120 Angriffe registriert, allein 8 unserer Gewerkschaftsfunktionäre starben dabei in verschiedenen Coca-Cola Werken," sagte Edgar Paez, und er fügte hinzu:

"Ermordet von paramilitärischen Gruppen im Auftrag des Unternehmens."

Letztes Jahr wurden nach Angaben des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften weltweit 221 Gewerkschafter ermordet, 201 davon in Kolumbien. Im Jahr davor waren es 180, in diesem Jahr bereits wieder 115 - seit Gründung des Gewerkschaftsbundes CUT vor rund 20 Jahren gab es in Kolumbien über 3.000 Todesopfer.

Der Getränkemulti Coca-Cola und sein kolumbianisches Abfüllunternehmen Panamco stünden als Beispiele für die Verstrickung multinationaler Konzerne in den paramilitärischen Terror. Gegen Gewerkschafter, die sich gegen Massenentlassungen und die Umgehung aller Standards durch Zeitvertrags-Arbeiten und Outsourcing wehren, sei die Antwort des Konzerns Terror und Repression. "Wir klagen den Konzern an, die Ermordung mehrerer Gewerkschaftsführer, die willkürliche Verhaftung unserer Mitglieder, die gewaltsame Vertreibung von Arbeitern unterstützt zu haben," so die bittere Bilanz von Edgar Paez. Weil von der Regierung und der kolumbianischen Justiz keine Unterstützung zu erwarten sei, habe Sinaltrainal jetzt in den USA gegen den Getränkekonzern geklagt.

Ein internationales Bündnis ruft mittlerweile zur Solidarität mit den kolumbianischen Coca-Cola-Gewerkschaftern auf. Der Konzern soll gezwungen werden, einen Verhaltenskodex zu unterschreiben. Ein erstes sogenanntes Meinungstribunal hat im Juli in Atlanta (USA) stattgefunden. Im Oktober gab es in Brüssel eine Konferenz, die gegen diese Politik und die völligen Straflosigkeit mobil machte.

Für die Zukunft Kolumbiens setzt Paez auf eine Landreform und Demokratisierung. "Kolumbien gehört mit seinen Bodenschätzen zu den reichsten Ländern der Welt. Aber rund 26 der 43 Millionen Kolumbianer leben unter der Armutsgrenze." Eine der Voraussetzungen von Veränderungen sei, den Paramilitärs die Unterstützung der internationalen Konzerne zu entziehen.

In der Diskussion wurde unter anderem das Verhältnis der Gewerkschaft zur Guerillabewegung FARC nachgefragt. Da der soziale Konflikt der Focus kolumbianischer Politik sei, hätten Guerilla und Gewerkschaften zwar ähnliche Vorstellungen von der Überwindung der Armut, eine Kooperation oder nur Gespräche mit der FARC oder anderen Guerillagruppen habe es nie gegeben. Er grenzte sich verhältnismäßig scharf von der bewaffneten Bewegung ab.

Edgar Paez kündigte an, dass die Kampagne auch darauf abziele, im Juli kommenden Jahres eine ausreichende Basis für einen wirksamen Boykott gegen Coca-Cola entwickelt zu haben. Die multinationalen Konzerne müssten gezwungen werden, die Tolerierung und Unterstützung der permanenten Menschenrechtsverletzungen aufzugeben.

284 Bilder und ein kleiner Blick hinter die Kulissen

Moritz Nölting und Tim Wegener haben jetzt für die RWLE Möller Stiftung eine CD-ROM mit dem Titel "RWLE Möller. Alle Bilder 1971-2000" zusammengestellt. Es handelt sich um eine Werkschau des Anfang 2001 gestorbenen Celler Künstlers. Revista sprach mit Tim Wegener.

revista: Ich habe mir die CD-ROM ja schon anschauen können. Und ich muss sagen, ich finde sie großartig. Mit welcher Intention seid Ihr an die Arbeit für diese Werkschau gegangen?

Tim: Danke! Ein Ansatzpunkt war ein Satz aus Bernd Polsters Nachruf auf Reinhard: "Sein umfängliches Gesamtwerk, das er nur im lokalen Rahmen zeigen konnte, gilt es noch zu entdecken." Die CD soll ein erster Schritt in diese Richtung sein. Außerdem habe ich in Reinhard's Unterlagen immer wieder Anträge auf Fördergelder und Stipendien gefunden, unter anderem um "endlich", Zitat Möller, einen Katalog machen zu können. Leider hat das nie geklappt. Ich denke, so was wie diese CD war also längst fällig.

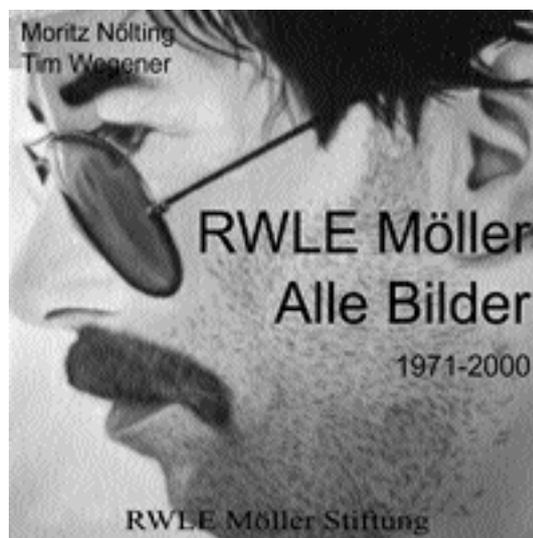
revista: Wie viele Bilder bzw. Fotos von Bildern sind eigentlich auf der CD versammelt? Und wie habt Ihr das Material strukturiert?

Tim: Auf der CD sind 284 Bilder. Neben einem großen Regal waren vor allem sechs große, dicke gelbe Ordner, die Reinhard über seine künstlerische Arbeit angelegt hat, Ausgangspunkt für unsere. Darin sind die Fotos von den Bildern und Texte aller Art über seine Arbeit. Das ganze ist, bis auf ein paar kleine Macken, chronologisch geordnet. Der erste Schritt war, die Bilder nach Jahrzehnten zusammenzustellen. Die meisten Bilder sind außerdem noch in thematischen Galerien zusammengefasst, die beiden umfangreichsten sind Galerien mit Bildern, die sich auf Cello und Literatur beziehen. Die Literatur-Galerie, das ist die größte, wurde dann noch weiter unterteilt, hier ist natürlich Arno Schmidt am stärksten vertreten. Außer den Bildern gibt es noch Texte von Möller und über Möller, allgemeine, die in einer extra Rubrik zusammengefasst sind, zu bestimmten Bildern, die dann bei den Bildern zu finden sind, Texte zu diversen Projekten, Handschriftliches, Getipptes, Veröffentlichungen. Ich denke, diese Texte erlauben einen ersten Blick hinter die Kulissen von Möllers Arbeit und Denken.

revista: Mölli hatte ja auch eine archivarische Ader. Ist eigentlich bekannt, wo sich welche Bilder befinden? Es wäre ja schon spannend, eine große Ausstellung in Cello auf die

Beine zu stellen. Ist das angedacht oder in Planung?

Tim: Im großen und ganzen ist bekannt, wo welches Bild ist, bzw. es lässt sich herausfinden. Nur bei einigen Bildern aus den frühen Siebzigern weiß kein Mensch, wo sie sind. Von dieser Seite steht also einer großen Ausstellung nichts im Wege. Die ist auch schon angedacht. Das braucht natürlich sehr viel Zeit, und von konkreter Planung kann im Moment noch nicht die Rede sein, aber das kommt ganz bestimmt. Sicher ist aber, dass dann nicht nur Bilder, sondern auch die unterschiedlichsten Materialien von und über Reinhard, sein Leben und die anderen Bereiche seiner Arbeit, außer der Malerei, gezeigt werden sollen.



revista: Welche Serie findest Du am besten? Und welche drei Bilder hättest Du gern?

Tim: Klasse Frage bei fast 300 Bildern. Die letzten Bilder, das sind Schriftstellerportraits, gefallen mir sehr gut. Edgar Allan Poe hängt auch schon bei mir an der Wand. Rimbaud II finde ich auch sehr gut. Dieses Bild fällt stilistisch etwas aus dem Rahmen und hat irgendwie was besonderes. Dann würde ich sagen, das Pasoliniportrait und Arno Schmidt und Frank Zappa auf der Heide [Totengrund oder Ich bin ein Heidediener, Blattanbeter, Windverehrer]. Das kann morgen aber schon alles anders sein, und da nicht nur freie Wandfläche ein kostbares Gut ist, muss ich darüber auch nicht wirklich nachdenken.

revista: Was kostet die CD und wo kann mensch sie bekommen?

Tim: Die CD gibt's natürlich bei der Stiftung direkt und auch in der einen oder anderen Buchhandlung. Sie kostet 15 Euro.

Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik



In einer interessanten neuen Studie mit dem Titel "Das konservative Milieu" geht Frank Bösch der Frage nach, wie sich der Konservatismus in norddeutschen protestantischen Milieus entfaltet und entwickelte. Als Untersuchungsräume hat der Göttinger Historiker die Städte Greifswald und Celle ausgewählt, der Untersuchungszeitraum ist abgesteckt durch die Vorläufer des konservativen Milieus im Kaiserreich,

seine eigentliche Konstituierung gegen die Weimarer Republik, den Wandel im Nationalsozialismus, sein Ende im Greifswald der DDR und seine parallele Renaissance in der Bundesrepublik, bis hin zur Erosion in den 1960er Jahren.

Auch wenn in der Celler Region - bedingt durch die Annexion des Königreichs Hannover durch Preußen im Jahr 1866 - bereits Ende des 19. Jahrhunderts eine eigene konservative Vereinswelt entstanden war, sieht Frank Bösch das konservative Milieu insgesamt als ein "Kind der Revolution von 1918/19". Die Abwehrhaltung gegen diesen demokratischen Umbruch sorgte für eine zunehmende Verdichtung der konservativen Deutungsmuster. Die Sehnsüchte des Bürgertums richteten sich auf soziale Harmonie, eine autoritäre Ordnung und nationale Geschlossenheit.

Ausgiebig widmet sich Frank Bösch der Vereinswelt, die insbesondere in der Zeit der Weimarer Republik zur Konstituierung des konservativen Milieus beitrug. Die Gegenwart, die man sich hier in den Jahren nach dem verlorenen Krieg aufbaute, hatte in ihren Formierungsprinzipien Ähnlichkeiten mit den Milieus der Sozialdemokraten oder der Katholiken, die über ihre Vereinswelt für eine starke Einbindung in die Gesinnungsgemeinschaft sorgten. Im einzelnen beschreibt der Autor die Wirkweise der Heimat- und Kriegervereine, und er analysiert die Turner-, Sänger- und Frauenvereine des konservativen Lagers.

Als ungemein wirkmächtig erwiesen sich im Celler Raum die in den 1920er Jahren entstehenden Heimatvereine. Auf vielen Wegen, z.B. über die Einrichtung von Museen wie dem "Vaterländischen Museum" in Celle, wurde ein antimodern-agrarromantisches, großstadtfeindliches und "stammesbewusstes" Denkmuster verbreitet. Kleinste Einheit dieses Denkens war der eigene Hof, weniger unter Gesichtspunkten des Raums als der Zeit. Die lokale Verwurzelung bildete den Gegenpol zum Internationalismus der Sozialdemokratie. Gestützt auf den zu einer Kultfigur erhöhten Hermann Löns

wurde aus der Landschaft der Lüneburger Heide ein regionaler Volkscharakter abgeleitet, der weitgehend dem konservativen Ideal entsprach. Eine Massenbasis aber schuf das vielfältige Netz der Kriegervereine. In der Stadt Celle wuchs ihre Zahl bis 1930 auf 18 Vereine in der Stadt und rund 50 im Landkreis Celle. Allein die im Kyffhäuser-Verband zusammengeschlossenen Vereine hatten rund 3500 Mitglieder. Gemeinsam war allen das Eintreten für die Werte und die Gesellschaftsordnung des Kaiserreiches. Den sozialdemokratischen Topoi von Solidarität und Brüderlichkeit wurden bei den Kriegervereinen "Kameradschaft" und "Treue" gegenübergestellt.

Ein gemeinschaftsstiftender Bezugspunkt war die schwarz-weiß-rote Fahne des Kaiserreiches, die demonstrativ gegen das Schwarz-Rot-Gold der Republik 'hochgehalten' wurde: "Stets setzte das konservative Milieu bei seinen Feiern allen Ehrgeiz daran, die ganze Stadt in ein schwarz-weiß-rotes Fahnenmeer zu verwandeln. Die Wahl der Fahne wurde somit für jeden Bürger zu einer Scheidegrenze. Während die 'Flaggen-raus'-Aufrufe auch bei kleineren Vereinsfeiern häufig befolgt wurden, kam die Bevölkerung .. der offiziell eingeforderten 'Schwarz-Rot-Gold'-Beflaggung am Verfassungstag nicht nach. Reichsbanner und Arbeiterchöre zogen hier durch die Straßen, während der Oberbürgermeister und andere Honoratioren es weitestmöglich ablehnten, zu derartigen Gelegenheiten als Redner aufzutreten." (74)

Neben Parteien und der Vereinswelt waren auch gesellschaftliche Institutionen wie Kirche, Presse oder berufsständische Organisationen von gewisser Prägekraft für das konservative Milieu. Die von der protestantischen Kirche geleistete weltanschauliche Sinnstiftung war - insbesondere auch im Vergleich zu katholischen Milieus - in Celle bei weitem nicht so wichtig wie die Lokalpresse, die in Gestalt der 'Celleschen Zeitung' zu einer zentralen Stütze des Milieus wurde. Unkommentiert übernahm sie einerseits in den 1920er Jahren die Artikel der konservativen Vereinswelt, während sie andererseits das Vereinsleben der Arbeiterbewegung schlicht ignorierte. Letztlich konnte man beim Lesen der CZ den Eindruck gewinnen, "daß in und um Celle nur die harmonische, allseits positiv gewürdigte Welt des konservativen Milieus existiere, die lediglich marxistischen Bedrohungen von außen zu trotzen habe." (103)

Bekanntlich hat das konservative Milieu keine Schranken gegenüber dem Nationalsozialismus errichten können. Bösch kommt vielmehr sogar zu dem Ergebnis, dass es als maßgeblicher Katalysator für den Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der ungeliebten Republik anzusehen ist. Ihre rasanten Wahlerfolge habe die Hitler-Partei vor allem erringen

können, weil sie sich an das weltanschauliche und kommunikative Netz des konservativen Milieus anlehnte. Die NSDAP galt wegen ihres milieuaquaten Auftretens als Schwesterpartei der konservativen Parteien DNVP, DVP und DHP. Bösch konstatiert einen doppelten Annäherungsprozess, wobei die NSDAP für das Milieu endgültig mit der Wirtschaftskrise wählbar wurde. Der Celler Handwerkerbund etwa rief 1932 dazu auf, "probeweise nationalsozialistisch zu wählen". Die wichtigste Unterstützung aber erhielt die NSDAP von den Kriegervereinen: "Ihr stets artikulierter Wunsch nach militärischer Aufrüstung, der Revanche für Versailles und der Errichtung eines autoritären Militärstaates erhielt in der Wirtschaftskrise einen neuen Nährboden, auf dem sich die NSDAP entfalten konnte." (126)

Die Machtübergabe an die Nationalsozialisten löste in weiten Teilen des konservativen Milieus Begeisterung, zumindest aber Hoffnungen aus. Angesichts dieser Aufgeschlossenheit sah die NSDAP in Celle keine Notwendigkeit, die wichtigsten gesellschaftlichen Repräsentanten auszutauschen. Landrat, Oberbürgermeister und der Oberlandesgerichtspräsident behielten ihre Posten: "Offensichtlich gewährte die engere NSDAP-Führung dem konservativen Milieu zunächst breite Zugeständnisse und erhöhte so die Akzeptanz des neuen Staates beträchtlich. Die Annahme, daß die NSDAP die traditionelle Organisationsstruktur des ländlichen Raumes aufgebrochen habe, kann somit keineswegs pauschal gehalten werden." (137) Der Göttinger Historiker geht weiter davon aus, dass gerade jene, die von den konservativen Parteien kommend noch 1933 in die NSDAP eintraten, anfangs den neuen Staat trugen und nicht die lokal wenig angesehenen braunen Parteiaktivisten. Mit Blick auch auf den Celler Oberbürgermeister Meyer schreibt Bösch: "Die alten, konservativen Honoratioren waren häufig mehr als ein taktisches 'Aushängeschild' des neuen Staates. In vieler Hinsicht waren sie der neue Staat." (138)

Mit dem Verlust von eigenen Parteien und Presse wurde die Vereine um so wichtiger, die Heimatbewegung z.B. erlebte einen quantitativen und qualitativen Aufschwung, wobei die inhaltlichen Projekte in ihrer völkischen Ausrichtung die direkte Unterstützung der engeren NSDAP-Führung erhielten. Bösch verweist auf die Ambivalenzen: "Obwohl die Heimatvereine derartig große Überschneidungen

zum Nationalsozialismus aufwiesen, blieben sie immer Bestandteil des konservativen Milieus. Sie waren wesentliche Träger der nationalsozialistischen Weltanschauung, zugleich aber auch Nischen zur Abgrenzung." (144) So machte auch der Lönsbundvorsitzende Paul Alpers einerseits aus seiner elitären Abgrenzung gegenüber dem braunen 'Pöbel' kein Hehl, agierte aber gleichzeitig unter dem Titel 'Kreisvolkstumswart' innerhalb des NS-Systems. - Bösch beleuchtet detailkundig alle Sektoren der Vereinswelt und der institutionellen Säulen des konservativen Milieus in ihrem Verhalten zu den braunen Machthabern. Die stärkste, auch personelle Einbindung lokaler Honoratiorenfamilien gelang den Nazis über die gleichgeschalteten Frauenvereine, zur wichtigsten Trennlinie wurde das Verhältnis zwischen Partei und Kirche.

In Celle waren die personellen Einschnitte nach der Kapitulation 1945 zunächst gravierender als im Jahr 1933. Die Umbruchsituation führte aber nicht zur Auflösung des konservativen Milieus, sondern im Gegenteil zunächst zu seiner forcierten Renaissance. Führende Konservative wie der Landrat Wilhelm Heinichen waren von den Briten ihrer Posten enthoben. Doch fast idealtypisch nahm der schon 64-jährige nach 20-monatiger Internierungshaft zunächst sein kirchliches und kulturelles Engagement wieder auf und wurde schon 1952 auf Vorschlag der welfisch orientierten 'Deutschen Partei' (DP) in das hohe repräsentative Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Celle gewählt, das er bis 1964 inne hatte. Im Unterschied zu reinen NSDAP-Aufsteigern hatten Milieuangehörige nach wenigen Jahren beruflich wieder Fuß gefasst, die personelle Basis war nur zeitweilig beeinträchtigt gewesen.

Frank Bösch zeigt auch für die Zeit nach dem Zweiten



Wehrmachtsparade auf dem Schlossplatz. Der Militarismus war eine der tragenden Gemeinsamkeiten zwischen Nazis und "konservativem Milieu".

Weltkrieg, wie die traditionellen Säulen des konservativen Weltbildes fast bruchlos ihre Wirkmacht wieder entfalteten. Die Heimatfeste ersetzen die zunächst verbotenen, aber auch diskreditierten nationalen Feiern. Und die welfische Tradition fand sich bei der Celler Hengstparade durch die Uniformen des königlich-hannoverschen Gestüts verkörpert. "Gegenüber dem vermeintlich zentralistischen Nationalsozialismus konnte die Liebe zur engeren Heimat als legitime unpolitische Weltanschauung erscheinen. ... Wie vor 1933 wurde den Sozialdemokraten im Wahlkampf immer wieder vorgehalten, daß sie nicht aus Celle 'stammen', die eigene Heimat nicht genug kennen würden und somit diese nicht vertreten könnten. Umgekehrt wurden Repräsentanten des konservativen Milieus weiterhin dadurch gewürdigt, daß ihre lange Abstammungsgeschichte aufgelistet wurde." (191)

Ein erster Wandel von Gewicht deutete sich mit dem Aufschwung der Wettkampfsportarten in den 1960er Jahren an, durch den die Vermittlung weltanschaulicher Werte durch Sportvereine an Bedeutung verlor. Gleichzeitig mit der wachsenden Bedeutung des Sports sahen zunehmend häufiger Lokalpolitiker eine Basis in ihren Sportvereinen. Bösch führt den FDP-Politiker Detlef Sagebiel an, der seinen Bekanntheitsgrad als erfolgreicher Ruderer erlangt habe, oder den Oberbürgermeister Helmuth Hörstmann, der - wie heute übrigens sein Sohn Udo - in der Öffentlichkeit auch als Vorsitzender des Schwimmvereins wahrgenommen wurde. Den Landtagsabgeordneten Otto Stumpf kennen viele als ehemaligen Kanu-Champ, und auch Martin Biermann präsentierte sich zuletzt in seinem OB-Wahlkampf als ehemaliger Spitzenhandballer von Traditionsverein und -schule.

Im parteipolitischen Bereich kam es gegenüber der Weimarer Republik zu bedeutenden Umschichtungen, wobei der Aufstieg der 'Christlich Demokratischen Union' (CDU) zur dominierenden Kraft des Konservatismus das auffälligste Novum darstellt. Als ausgewiesener Kenner der Genese der

CDU weist Frank Bösch aber auf den äußerst komplizierten Weg zu dieser Hegemonie hin. Es ist fast in Vergessenheit geraten, dass die CDU in unserer Region lange als Partei der Katholiken und Flüchtlinge galt und in der 'Niedersächsischen Landespartei' (NLP) und ihrer Nachfolgerin, der DP, stark milieuverwurzelten Konkurrenten hatte. Die antikatholischen Ressentiments des Heimat- und Nationalprotestantismus blieben über die ganzen 1950er Jahre virulent. Trotz ihrer Wahlerfolge erreichte die Adenauer-Partei bis Mitte der 1960er Jahre, als sich einzelne Meinungsführer endlich der CDU anschlossen, keine wirkliche Verankerung im konservativen Milieu.

Doch in fast zeitlicher Parallelität zur Etablierung der CDU datiert der Göttinger Historiker den Beginn einer Erosion des konservativen Milieus: "Von den vielen Umbrüchen, die die Auflösung des konservativen Milieus in den sechziger Jahren forcierten, trafen vor allem zwei ihre Achillesferse: die zunehmende Mobilität und die Ausbreitung der Massenmedien. Das Milieu war ein Kommunikationsnetz, in dem die Gesinnung gegenseitig kontrolliert und verstärkt wurde. Die Massenmedien mochten ebenfalls Gesinnungen prägen, wiesen aber weder einen derartig abgrenzenden konservativen Charakter auf, noch eine vergleichbare face-to-face Kontrolle. Das Milieu beruhte zudem auf einem gemeinsamen Erfahrungshaushalt und dem Ansehen, das Meinungsführer durch Verwandtschaft, Vereinsengagement und ihren Beruf erwarben. Die wachsende Mobilität unterlief diese Grundfesten und führte dazu, daß sich das Milieu zunehmend auf einen Restbestand reduzierte, der sich durch eine ausgeprägte Ortsgebundenheit auszeichnete." (214)

Für politisch und historisch interessierte Celler Leser bietet die Untersuchung eine Fülle sozialgeschichtlichen Materials, das in Teilen eine neue Perspektive auf die Geschichte der Stadt eröffnet. Das Buch könnte zu einem Klassiker der Celler Regionalgeschichtsschreibung werden.



RR.

Frank Bösch: Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900-1960). Göttingen (Wallstein Verlag) 2002. 267 Seiten, 25 € - Das Buch gibt's auch schon in der Stadtbibliothek.

Literatur

Es herbstelt im Gemüthe (Zwei Vorkriegsbücher)

Wilhelm Raabe



Nun beginnt wieder die dunkle Jahreszeit mit den langen Kneipen, - ähh: Leseabenden für die Menschen innerhalb und außerhalb des Produktionsbetriebes. Wer aber sind die Menschen die Literatur produzieren? Full-Time Autoren deutscher Feder gibt es noch

gar nicht so lange wie mensch vermuten könnte. Ne, ne: Goethe und Schiller und andere Größen hatten meistens noch irgendeinen Nebenjob, der Geld zum Überleben einbrachte. Die hiesigen Gelehrten sind sich heute nicht ganz einig darüber, wer denn nun der erste deutsche Profis-Schreiber war. Viele sehen in Jean Paul (1763 - 1825) den Ersten der vom Amateur- ins Profilager wechselte.

Siebzig Jahre später wurde hier im niedersächsischen ein Autor geboren, der sich am Ende seiner Tage als ersten "Schriftsteller a.D." bezeichnete, Wilhelm Raabe (1831-1910).

Raabe verbrachte nur ein gutes Dutzend Jahre außerhalb Niedersachsens; politisch stand er den Leuten des Vormärz wohl nahe, ohne jedoch einen dezidierten Standpunkt einzunehmen; sein Leben ist auch gekennzeichnet von einer immer wiederkehrenden 'psychischen Schwäche'; die Forschung ordnet ihn bei den Neueren des modernen Romans ein, doch ist sein Einfluss sehr umstritten. Was hat er denn geschrieben?

Romane und Erzählungen in enormer Zahl (wie es sich für einen professionellen Vielschreiber gehört), die entweder gut recherchierten historischen- oder Gegenwartsbezug hatten. Raabe hatte unter anderem das Talent, frappierende 'sprechende' Namen zu erfinden. Schon sein Erstling "Chronik der Sperlingsgasse" liest sich aus heutiger Sicht wie eine Blaupause zu Fernsehreihen-Scripts a la "Lindenstrasse"; da kommen immer irgendwelche verhungerten Studiosi, schweisgasse Schuster, anämische Edelfräuleins oder verkrachte Krämer um die Ecke

Wenn einer so viel schreibt, sich eine solche Anzahl Geschichten 'ausdenkt' und eine solche Unzahl von Personen entstehen lässt, dann wird doch auch einmal was besonderes dabei sein?

In der Tat: nachdem Raabe das Glück hatte, bereits zu Lebzeiten seinen literarischen Erfolg genießen zu können (was seiner materiellen aber sicher auch psychischen Situation zugute kam), veröffentlichte er 1870 den Roman "Der Schüdderump". Darin lernen wir zwei alte Frauen kennen: Marie Häußler, ihre Zeichens Bewohnerin des Armenhauses des kleinen Fleckens Krobebeck und Jane Warwulf, eine Alte aus dem Harz, die sich mit allerlei Hökerei von Kräutern und Flechtwerk das Leben sauer verdient; sie ist eigentlich mehr ein knarziges weibliches Naturwesen denn eine Frau auf Wanderschaft. Und dann ist da noch der Schüdderump, der Leichenwagen des kleinen Ortes, mit welchem hoch und nie-

drig auf dem Weg zur letzten Ruhe gekarrt werden. Es geht also schlechterdings um das Ende des Seins selbst in dieser Geschichte. Denn was ist das auch für ein merkwürdiges Sinnbild; dieser hochgebaute schwarze Wagen auf zwei Rädern mit einem verblichenen weißen Kreuz an der Stirnseite, schon an die 250 Jahre alt; und mit einer simplen Vorrichtung, mit Hilfe derer am Ende der Fahrt übers dörfliche Kopfsteinpflaster der Fuhrmann die armselige Last in die Grube sausen lassen kann ...

Wer sich auf eine gewisse Betulichkeit in Raabes Erzählweise einlassen kann, wird vielleicht feststellen, dass wohl selten ein deutscher Schriftsteller dem großen englischen Barden je so nahe kam, wie der vergessene Wilhelm Raabe in seiner Geschichte vom Sinn und Ende allen Lebens.

Ian McEwan

Der Verlag lies den 2002 auf deutsch erschienen Roman von Ian McEwan (1950) mit dem etwas gespreizten Titel "Abbitte" (Atonement) versehen.

Im ersten Teil lesen wir die Schilderung eines einzigen, heißen Sommernachmittags in einem englischen Landhaus Mitte der 1930er Jahre; gesehen aus der Perspektive der verschiedenen Beteiligten und wir können verfolgen, auf welche Weise die Lüge in die Welt kommt.

Es bedarf nur weniger Worte, um die weiß Gott woher stammende Innigkeit unter den Menschen zu zerstören, den immerwährenden Missklang zu etablieren.

Die Liebe kommt in dieser Geschichte ganz grausam unter die Räder; genau wie im richtigen Leben.

Und es gibt Krieg.

Die Konzeption von so etwas wie einem 'natürlichen Tod' sei völlig unlogisch, hat schon Tolkien postuliert. Im Krieg - so erfahren wir nun in "Abbitte" - geht dem (legitimierten) Töten durch den Umstand, dass die Gewalt ankündigt ist, ein Schinden der Seele und Foltern des Herzens voran, das mit Worten kaum zu erfassen ist. Die Darstellung der Leiden beim Rückzug der britischen Armee nach Dünkirchen ist schlechterdings erschütternd.

Hier könnte die Geschichte zu Ende sein; doch das Buch ist es noch nicht. Es schließen sich zwei überraschende Kapitel an: wir erfahren, dass gar nicht der Autor, sondern eine der beteiligten Personen unser Berichtstatter ist (es wird hier nicht verraten, wer); so werden die LeserInnen auf verblüffende Weise mit der je eigenen Ansicht über das Verhältnis von Lüge und Wahrheit (und deren zuweilen tödlichen Konsequenzen) konfrontiert. "Abbitte" ist mein Buch des Jahres.

GEPUNKT

Ankündigungen

**Aufruf für ein Anti-Kriegs-
Plenum in Celle
Gründungstreffen am
Donnerstag, 21.11.2002,
20 Uhr, Buntes Haus**



Seit Monaten laufen die Vorbereitungen der US-Regierung für einen Krieg gegen den Irak, sie will diesen Krieg um jeden Preis. Es geht um Öl und die Vorherrschaft in der Golfregion, die Durchsetzung der Vernichtung von Massenvernichtungswaffen ist ein Vorwand.

Ein neuer Krieg gegen den Irak wird erneut Tausende unschuldiger Menschen das Leben kosten, das Land verwü-

sten, die Umwelt zerstören. Ein neuer Krieg kann einen nicht mehr kontrollierbaren Flächenbrand von Gewalt und Krieg in der gesamten Region und weltweit entfesseln. Ein neuer Krieg gegen den Irak, als "präventiver Militärschlag" geplant, setzt faktisch das Völkerrecht außer Kraft.

Die Verletzung von Menschenrechten durch das Regime Saddam Husseins kann nicht als Rechtfertigung für einen Krieg herhalten, der nur noch größeres Elend und eine noch weitgehendere Verletzung von Menschenrechten bedeuten würde. Die Veränderung der unerträglichen Verhältnisse im Irak kann allein durch die Menschen im Irak selber erfolgen.

Die USA haben international nicht die erhoffte Zustimmung zu ihrem Kriegskurs. Auch die Bundesregierung sprach sich gegen die Teilnahme Deutschlands an diesem Krieg aus. Taten hat sie bisher nicht folgen lassen. Wir fordern deshalb von der Regierung:

- Keinerlei Beteiligung am Krieg, ob mit oder ohne UN-Mandat!
- Sofortiger Abzug aller Soldaten und Militärtechnik aus der Golfregion!
- Keine finanzielle und politische Unterstützung für diesen Krieg!
- Keine Gewährung von Überflugrechten für Militärmaschinen und von Nutzungsrechten an militärischen Einrichtungen!

Um die Situation zu diskutieren und Protestaktionen vorzubereiten, schlagen wir die Gründung eines Anti-Kriegs-Plenums vor.

Einige Leute aus dem Bunten Haus

**"Mehr vom Leben
als von der Arbeit"
ab Sonntag, 01.12.2002,
Buntes Haus**

Ab dem 1. Dezember sind im Bunten Haus Café "Plakate zur Wiederaneignung und Verteidigung des Lebens" zu sehen. Es handelt sich um Plakate gegen Erwerbsarbeit, es geht um Arbeit und Nicht-Arbeit. Gewollt ist eine visuelle Interventionen in den öffentlichen Raum, eine emanzipative Irritation - und immer gegen die hegemoniale Rhetorik. Zusammengestellt ist die Plakatausstellung vom Dortmunder Projekt "Bugpapier". Wer schon jetzt einen Blick auf die Plakate werfen will: www.bugpapier.de

**Demonstration gegen
Abschiebungen und
Abschiebeknäste!
Samstag, 07.12.2002,
Hannover**

Warum in Hannover demonstrieren?

Seit Mai 2000 betreibt das Land Niedersachsen in Hannover/Langenhagen ein zentrales Abschiebegefängnis, einzig für MigrantInnen, die nach dem Willen der Ausländerbehörden abgeschoben werden sollen. Das Land will damit sicher gehen, dass auch wirklich der Zugriff auf all diejenigen Nicht-Deutschen, die deportiert werden sollen, garantiert ist. Dazu wurden drei Gebäude eines ehemaligen Kasernengeländes direkt am Flughafen Langenhagen zu einem Knast umgebaut, in den bis zu 143 Männer und 42 Frauen, im Ausnahmefall sogar 245 Menschen eingesperrt werden. Ausgestattet mit elektronisch gesicherten Stahlzäunen, Stacheldraht, Kameras, Alarmanlagen und Sicherheitsschleusen unterscheidet sich dieses Gefängnis in nichts von irgendeinem Knast.

Die Zukunft der betroffenen Menschen interessiert die Behörden dabei nicht; weder ob die Deportierten Folter, Gefängnis oder der Tod erwartet, noch ob sie in Krisengebiete abgeschoben werden. Dies führte am 8. Dezember 2000 dazu, dass sich der 17jährige tamilische Flüchtling Arumugasamy Subramaniam im Abschiebegefängnis Langenhagen erhängte. Er sollte drei Tage später nach Sri Lanka abgeschoben werden. Damit gehört er zu den über 40 Menschen, die sich nach Angaben von Pro Asyl seit 1993 in Abschiebehaft das Leben nahmen, von den Hunderten Suizid-Versuchen ganz zu schweigen.



Wir nehmen den Todestag von Arumugasamy Subramaniam zum Anlass, gegen Abschiebungen, Abschiebeknäste und Ausreisezentren zu demonstrieren. Nicht zuletzt wollen wir den Inhaftierten unsere Solidarität zeigen.

**Weg mit den Abschiebeknästen!
Abschiebungen abschaffen!**

**Abschaffung aller Sondergesetze! -
Gleiche Rechte für alle!
Kein Mensch ist illegal!**

**Alle sollen dort leben können, wo sie es
für richtig halten!**

**Samstag 7.12.2002: 11 Uhr Steintor,
13 Uhr S-Bahn Station Flughafen.**

**"Sie hassen Euch, weil sie
Angst haben."**

(John Steinbeck)

**Flucht und Migration in der
Literatur**

**Dienstag, 10.12.2002,
20 Uhr, Buntes Haus**

Mit einer Text- und Musikcollage wird am Dienstag, den 10.12.2002, im Bunten Haus der tägliche Überlebenskampf von Flüchtlingen und MigrantInnen thematisiert. Hubert Brieden und Mechthild Dortmund lesen neben eigenen Texten auch Passagen aus den Arbeiten bekannter AutorInnen wie Traven, Brecht, Seghers, Steinbeck, Galeano, Mejides, Rodriguez und Boyle. Begleitet werden sie von Thorsten Wittemeier (Bandeon) und Benjmin Kersting (Konzertgitarre). Die Veranstaltung nimmt den "Tag der Menschenrechte" zum Anlass auf die Bedingungen aufmerksam zu machen, denen Flüchtlinge zu unterschiedlichen Zeiten und in unterschiedlichen Situationen ausgesetzt waren - aber eben auch heute und aktuell in Deutschland ausgesetzt sind. Die Konzertlesung ist konzipiert worden für die hannoversche Veranstaltungsreihe "Prekär?! Arbeitsbedingungen in der globalisierten Welt". Nach Celle eingeladen werden sie von einem AK im Bunten Haus, der selbst eine Lesung zu den tödlichen Folgen bundesdeutscher Flüchtlingspolitik erarbeitet.

Die Veranstaltung beginnt um 20 Uhr, der Eintritt beträgt für GeringverdienerInnen 2 Euro und 4 Euro für den Rest.

Von Hubert Brieden findet sich übrigens ein zum Irak-Krieg in diesem Heft, der für eine Sendung des Hannoverschen Radio Flora produziert wurde. Für einen Beitrag bei diesem Freien Radio über Antisemitismus in einer westdeutschen Kleinstadt ("Dünnes Eis") hat Hubert Brieden gemeinsam mit Heidi Dettinger im letzten Jahr den alternativen Medienpreis gewonnen. Neben zwei Krimis "Totes Moor" (1999) und "Schweineherz" (2000) ist zuletzt von ihm eine Natur- und Sozialgeschichte der Region Steinhuder Meer erschienen ("Menschen im Toten Moor").

**Lesung mit Rainer Trampert
und Thomas Ebermann
Donnerstag 19.12.2002,
19.30 Uhr, Buntes Haus**

Sie lesen aus ihrem neuen Buch "Sachzwang & Gemüt", Sarkastische und analytische Texte über die Republik, die Welt und die Nachbarn

In dem Buch wird trefflich der alltägliche Wahnsinn der TV-Talks von Schäfer, Fliege Meiser und all den anderen dokumentiert und kommentiert oder die Sprache der "seriösen" Wirtschaftszeitungen auseinander genommen.

Operiert wird mit einer ebenso einfachen wie wirkungsvollen Technik. O-Töne werden mittels knapper Zwischenbemerkungen ad absurdum geführt bzw. zur Kenntlichkeit entstellt.

Ein Beispiel: Rainer Trampert rezipiert das Presseecho auf das 5000 x 5000 Billiglohnmodell von VW. "Die Kollegen haben jetzt das, was sie sich schon lange wünschten. Das Tarifmodell 5000 mal 5000. Wenn die IG Metall sagt, sie ‚erhofft sich von dem Modell eine bundesweit Wirkung‘, dürfen wir davon ausgehen, dass sie sich durchsetzen konnte. Mehr noch, Ihr scheint es gelungen zu sein, die VW-Manager so nachhaltig zu indoktrinieren, dass die ihre Niederlage bis heute nicht begriffen haben. Wie nach einer Gehirnwäsche gibt VW-Manager Hartz, ‚der meist elegante blaue Anzüge trägt‘, nur noch poetische Metaphern von sich. Er redet wirt von der ‚atmenden Fabrik‘ oder murmelt immer wieder vor sich hin: ‚Jeder Arbeitsplatz hat ein Gesicht.‘ Wie sieht das Modell aus, das ihm derart in die Glieder gefahren ist? ‚Volkswagen spart bis zu 20 Prozent Lohnkosten gegenüber dem Haustarif‘. Schon dafür hätte sich der Kampf der IG Metall gelohnt (...) Wir spüren wie die Fabrik zu atmen beginnt."

Die Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr. Eintritt für Verdienende 6 EUR für alle anderen 2,50 EUR.

Werbung:

antifa

**Magazin für antifaschistische Politik
und Kultur. Herausgeber VVN-BdA**

Beiträge im November u.a.:
Edmund Stoiber schweigt
Gras drüber in Gardelegen
Stalingrad, November 1942

Preis 2 EUR, für Schüler und Studenten 1,25 EUR
www.vvn-bda.de

Termine im Kino achteinhalb:



Kino achteinhalb, Gelände der CD-Kaserne neben dem Bunten Haus, Hannoversche Str. 30, Celle Immer Freitags, Beginn: 20.30 Uhr Eintritt: 4,50 EUR

15.11.2002: "Die Truman-Show"

USA, 1998, Regie: Peter Weir
Der Quoten-Dauerbrenner "Die Truman Show" wird live in aller Herren Länder übertragen. Alles ist inszeniert, alle Figuren sind Schauspieler, nur Hauptdarsteller Truman Burbank (Jim Carrey) ahnt von alledem nichts. Er lebt sein vermeintliches Leben als Versicherungsangestellter und Ehemann. Doch Truman ahnt, dass etwas mit seinem Leben nicht stimmt. Er will seinem goldenen Käfig entfliehen. Brilliant inszeniert und gespielt, nimmt der Film Medienmanipulation und Kommerzialisierung aufs Korn.

22.11.2002: "England!"

Deutschland, Regie: Achim von Borries
Valeri wird die längst vergessene Atom-Katastrophe von Tschernobyl bitter in Erinnerung gerufen: Als der Ukrainer illegal nach Deutschland reist und seinen Kumpel besuchen will, ist dieser gestorben. Beide sind als Soldaten der Roten Armee verstrahlt worden und auch Valeri zeigt bereits Anzeichen der Strahlenkrankheit. Jetzt hat er nur noch ein Ziel im Kopf: Einmal nach England reisen, so wie er es mit seinem verstorbenen Freund Victor geplant hatte... Die Sicht eines Illegalen auf die deutsche Hauptstadt hat etwas Überraschendes. Regisseur Achim von Borries erzählt mit "England!" ein melancholisches und bilderstarkes Drama aus ungewöhnlicher Perspektive.

29.11.2002: "Elling"

Norwegen, 2001, Regie: Petter Næss
Hinreißende Ballade über die Freundschaft zweier Außenseiter: Elling und Kjell Bjarne lernen sich als Zimmergenossen in der Psychiatrie kennen. Gemeinsam machen sie sich auf, ihr Leben zu meistern. Eine hinter sinnige, von guten Darstellern getragene Komödie, die mit viel Sympathie für die beiden Protagonisten die Normalität hinterfragt und skurriles Denken als mögliche Überlebensstrategie anbietet.

06.12.2002: "Komm, süßer Tod"

Österreich, 2000, Regie: Wolfgang Murnberger
Auf den Straßen Wiens tobt ein erbitterter Kleinkrieg der Rettungsdienste um die Opfer. Kein Wunder, dass dabei mancher auf der Strecke bleibt. Und der Rettungsfahrer Brenner von seiner Vergangenheit als Detektiv eingeholt wird. Brenner stößt auf ein schier unentwirrbares Netz aus Intrigen, verdächtigen Unfällen, Fuhrpark-Sponsoring und seltsamen Testamenten. Die Verfilmung eines österreichi-

schen Erfolgsromans ist ein überraschender Beleg dafür, dass das Genre der Kriminalkomödie für den anspruchsvollen deutschsprachigen Film noch nicht verloren ist.

13.12.2002: "Lust auf anderes - Le gout des autres"

Frankreich 2000, Regie: Agès Jaoui
Dieser Gute-Laune-Film, mit Situationskomik und witzigen Dialogen en masse, entwickelt sich an der Frage, was den spießigen Kunstbanausen Castella, der mit seiner Frau den obligatorischen Theaterbesuch in einem französischen Provinzort absolviert, an Racines Berenice so in seinen Bann gezogen hat - das Stück oder die Hauptdarstellerin?

20.12.2002: "Lügen und Geheimnisse" (Secrets and lies)

England 1996, Regie: Mike Leigh
Nach dem Tod ihrer Adoptiveltern will Hortense, eine junge schwarze Optikerin aus London, herausfinden, wer ihre leibliche Mutter ist. Sie erfährt zu ihrer Überraschung, dass diese weiß ist. Was voller Spannung und Misstrauen begann, entwickelt sich zur warmherzigen Mutter-Tochter-Beziehung. Ein anrührender, warmherziger Film über Menschen, die sich vom Leben betrogen fühlen und Schutz in der Lüge suchen, dann jedoch die befreiende Kraft der Wahrheit erfahren.

27.12.2002: "Amores Perros"

Mexico 2000, Regie: Alejandro González Inárritu
Ein verhängnisvoller Autounfall in der pulsierenden Metropole Mexico-City. Drei Leben prallen aufeinander, um die bestialische Seite der menschlichen Natur aufzudecken. Alejandro González Inárritu entwirft mit überzeugend agierenden Darstellern und grobkörnigen Handkamerabildern ein wildes und mitreißendes, raffiniert verwobenes Drama um Liebe, Betrug, Tod, Vergeltung und Erlösung. Ein schonungsloses und zugleich zärtliches Stück Kino, das von der New York Times euphorisch als der erste Klassiker des neuen Jahrhunderts gefeiert wurde.

03.01.2003: "Grüne Tomaten"

USA 1991, Regie: Jon Avnet
Evelyn trifft die alte, aber umso lebenslustigere Ninny. Die beiden Frauen kommen ins Plaudern und Ninny erzählt eine Geschichte aus den 20-er Jahren: Ruth und Idgie machen sich in einem kleinen Dorf in den US-Südstaaten mit einem Café selbstständig, dessen Spezialität gebratene grüne Tomaten sind. Doch der gewalttätige Mann der einen Freundin gibt keine Ruhe... Sentimental und doch immer wieder mit heiterer Note erzählt der Film die Geschichte gleich mehrerer Lebensläufe.

10.01.2002: "Der Traum ist aus - oder die Erben der Scherben"

Deutschland 2001, Regie: Christoph Schub
Zum Geburtstag von Rio Reiser. Christoph Schub stellt die politische Funktion der Musik in den Mittelpunkt.



TERMINE

Ständige Termine:

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 20 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstrasse)

Weltladen Öffnungszeiten:

Di + Mi: 10-17 Uhr

Do: 15-17 Uhr

Fr: 9.30-12.30 Uhr + 15-17 Uhr

Forum gegen

Rechtsextremismus und Gewalt:

jeden 1. Mittwoch im Monat 19 Uhr
c/o DGB-Celle, Trift 21, 29221
Celle

Termine im Bunten Haus:

(CD-Kaserne hinten links Halle 12)
Hannoversche Str 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Fahrradwerkstatt:

jeden Montag 18 Uhr

Archiv

jeden Donnerstag 17-19 Uhr

KDV-Beratung

jeden Donnerstag 17-19 Uhr

Plenum

jeden Donnerstag 19 Uhr

Volxküche

jeden Sonntag 18 Uhr

Deutschkurs für MigrantInnen

jeden Dienstag und Donnerstag
16.30-18.00 Uhr

Geschichtswerkstatt

jeden 4. Montag im Monat
19.30 Uhr

Forum gegen Atomindustrie

jeden 1. Mittwoch im Monat
19.30 Uhr

Di. 16.11.2002, 21.00 Uhr

Buntes Haus,
Hannoversche Str. 30F, Celle
Rock und Pogo Party
Eintritt: 2,50

So. 17.11.2002, 11.00 Uhr

Gedenkstätte Bergen-Belsen
Erinnerungen an das
Konzentrationslager Bergen-Belsen
Dr. Karol Kucera (Bratislava) berichtet
aus seiner Lebensgeschichte.

Kaleidoskop

... das etwas andere Theater

Kaleidoskop - das Programm - KIK - Kunst im Kuhstall
Ziegeleiweg 2, 29342 Bockelskamp-Wienhausen
Telefon 0 51 49 - 82 62, Fax 0 51 49 - 14 39
www.Findelhof.de

Sa. 15.11.2002, 20.30 Uhr

"Herzen in Terzen", A-Capella

Sa. 22.11.2002, 20.30 Uhr

"Thomas Reis" - "So wahr ich Gott helfe"

Do. 21.11.2002, 20.00 Uhr

Buntes Haus,
Hannoversche Str. 30F, Celle
Gründungstreffen für ein Anti-Kriegs-
Plenum in Celle
(siehe Seite 20)

So. 23.11.2002, 19.30 Uhr

Kunst & Bühne, Nordwall 46, Celle
Lange Filmnacht der Volkshochschule
Celle 1. Film 19.00 Uhr "Shakespeare
in love" 2. Film ca. 21.30 Uhr "William
Shakespeares Romeo und Julia"
Eintritt: 9,- /erm. 6,-

So. 24.11.2002, 17.00 Uhr

Kunst & Bühne, Nordwall 46, Celle
"Teatime - Texte & Törtchen" Christian
Kaiser von der Bremer Shakespeare
Company liest "Der Prinz der West End
Avenue" von Alan Isler Eintritt 8 Euro,
Vorverkauf Bücherhaus Buchfink

So. 24.11.2002, 11.00 Uhr

Gedenkstätte Bergen-Belsen
Erinnerungen an das
Konzentrationslager Bergen-Belsen
Recht und Rechtlosigkeit:
Evelien van Leeuwen (Den Haag) be-
richtet aus ihrer Lebensgeschichte.

Fr. 29.11.2002, 19.00 Uhr

Urbanus Rhegius Haus, Fritzenwiese,
Celle
Claus Stahl referiert einen

Folienvortrag der IPPNV über Strahlen
und Gesundheit

Sa. 30.11.2002, 17.00 Uhr

Kunst & Bühne, Nordwall 46, Celle
FeenFieber - Damen und Dramen
Musik-Kabarett mit der Schauspielerin
und Chansonette Judith Genske. Am
Klavier: Elnara Ismailova
Eintritt: 9,- /erm. 6,-

ab So. 01.12.2002

Buntes Haus,
Hannoversche Str. 30F, Celle
Plakate zur Wiederaneignung und
Verteidigung des Lebens
(siehe Seite 20)

Di. 04.12.2002, 19.30 Uhr

Buchfink, Am Heiligen Kreuz 26, Celle
Autorenlesung in Zusammenarbeit mit
der Christl.-Jüd. Gesellschaft Celle und
dem Stadtarchiv Celle: Viola
Roggenkamp liest aus ihrem Buch "Sei
du meine Liebe" Jüdische Frauen und
Männer in Deutschland erzählen über
ihre Mutter.

Fr. 20.12.2002, 21.00 Uhr

Buntes Haus,
Hannoversche Str. 30F, Celle
Konzert mit ZSK & TPunktTerror
Skatepunk vom feinsten...

TERMINE

So. 01.12.2002, 11.00 Uhr

Gedenkstätte Bergen-Belsen
Die Geschichte der Gedenkstätte
Bergen-Belsen
Vortrag von Martina Staats

Di. 10.12.2002, 20.00 Uhr

Buntes Haus,
Hannoversche Str. 30F, Celle
"Sie hassen Euch, weil sie Angst haben."
(John Steinbeck)
Flucht und Migration in der Literatur
Text- und Musikcollage
Eintritt: 4,- /erm. 2,-
(siehe Seite 21)

Di. 10.12.2002, 20.00 Uhr

Buntes Haus,
Hannoversche Str. 30F, Celle
Lesung mit Rainer Trampert und
Thomas Ebermann aus ihrem neuen
Buch "Sachzwang und Gemüt"
Eintritt: 6,- /erm. 2,50
(siehe Seite 21)

So. 27.01.2003, 11.00 Uhr

Gedenkstätte Bergen-Belsen
Gedenktag für die Opfer der nationalsozialistischen
Gewaltherrschaft.
Führungen durch das
Dokumentationszentrum und über das
Gelände des ehemaligen Lagers um
11.00 Uhr, 12.00 Uhr, 13.00 Uhr, 14.00
Uhr und 15.00 Uhr

An meine Landsleute

Ihr, die ihr überlebt in gestorbenen Städten
Habt doch nun endlich mit euch selbst Erbarmen!
Zieht in neue Kriege nicht, ihr Armen
Als ob die alten nicht gelangt hätten:
Ich bitt euch, habet mit euch selbst Erbarmen!

Ihr Männer, greift zur Kelle, nicht zum Messer!
Ihr säßet unter Dächern schließlich jetzt
Hättet ihr auf das Messer nicht gesetzt
Und unter Dächern sitzt es sich doch besser.
Ich bitt euch, greift zur Kelle, nicht zum Messer!

Ihr Kinder, dass sie euch mit Krieg verschonen
Müsst ihr um Einsicht eure Eltern bitten.
Sagt laut, ihr wollt nicht in Ruinen wohnen
Und nicht das leiden, was sie selber litten:
Ihr Kinder dass sie euch mit Krieg verschonen!

Ihr Mütter, da es euch anheimgegeben
Den Krieg zu dulden oder nicht zu dulden
Ich bitt euch, lasst eure Kinder leben!
Dass sie euch die Geburt
und nicht den Tod dann schulden:
Ihr Mütter lasset eure Kinder leben!

Berthold Brecht



Schon gehört:
Große revista Mitmach-Aktion!!

Wir verlosen Überraschungs-

Wenn ihr uns schreibt:
wo Ihr diesmal/sonst immer
- die revista bekommen habt
- die revista gelesen habt
(Küche, Klo, Kunsthalle...)
- wo Euch die revista am meisten fehlt
(Kneipe, Kirche, Kino...)

ansonsten sind wir natürlich über Lob
und Tadel erhaben;
- ähh daran interessiert !!



Drei CDs !!

**Postkarte an: revista c/o Buntes Haus, Postfach 1329,
29203 Celle oder email: Revista@gmx.de**

**Pünktlich zu Silvester werden die
Glücklichen ausgelost !!**